

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 43
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
25. Oktober 1930

Ercheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kahler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Südkanal 2.
Telefon: Amt Sannowitz 6246.

Gehaltsanzeigen werden nach Satz berechnet.
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Unser Kampf gegen die Not!

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Notmaßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht.

Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar.

Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Überwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gesetzliche Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuß es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Millionen Mark

Hauszinsfluevergeidern dem Wohnungsbau

verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig stiegenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbauwesens umgestaltet wird, daß die stufenweise Beanspruchung des Baumarcktes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms, nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird und daß der Mieter-schutz bis zu seiner Überleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrechterhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben versagt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine

Verkürzung der Arbeitszeit

die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesausschuß fordert infolgedessen eine gesetzliche 40 stündige Arbeitswoche

solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte

im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung, zur Schaffung offener Stellen und Benützung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die freierwerbenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die

Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelber,

soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuß fordert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der

Darlehenspflicht des Reiches

und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

Angesichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährdet.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die

Annullierung der internationalen Kriegsschulden

eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuhalten.

Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise,

unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende

Mitwirkung in Staat und Wirtschaft.

Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht, auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die befreiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die

Stärkung der Gewerkschaften,

für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen werden auch diese Widerstände überwinden.

Die vorstehende Entschliebung ist das Ergebnis der Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die am 12. und 13. Oktober in Berlin abgehalten wurde. Die Annahme dieser Entschliebung erfolgte einstimmig. Ihr vorauf ging eine sehr eingehende Aussprache. Es handelte sich um die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzkrise. Das einleitende Referat, das von Theodor Leipart erstattet wurde, geben wir nachstehend auszugsweise wieder.

Wir befinden uns in Deutschland und fast in der ganzen Welt in einer Wirtschaftskrise, wie sie in solchem Ausmaß wohl noch niemals dagewesen ist. In früheren Jahren konnte die öffentliche Hand durch Bereitstellung von Notstandsarbeiten einen Teil der Arbeitslosen auffangen, aber gerade jetzt, wo die Not der Wirtschaft am größten ist, ist mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm kaum zu rechnen. Infolge einer verfehlten Finanzwirtschaft sind nämlich die öffentlichen Kassen nicht nur leer, sondern müssen sich mühselig durch Aufnahme kurzfristiger Kredite von Tag zu Tag durchhelfen. Es rächt sich jetzt die Politik des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der zu einer Zeit, als Auslandsanleihen noch verhältnismäßig billig waren, der öffentlichen Hand den Zugang zum ausländischen Markt gesperrt hat.

In einem Augenblick, wo der Druck auf die Löhne so stark ist, erhält die Frage der Preishöhe eine besondere Bedeutung. Die Unternehmer glauben eine Preissenkung nur nach vorheriger Lohnsenkung und im Ausmaße dieser Lohnsenkung durchführen zu können. Im allgemeinen weiß der Außenstehende nicht, daß die Löhne einen verhältnismäßig geringen Anteil an den Herstellungskosten haben. Eine Reduktion der Löhne würde das Preisniveau nur ganz geringfügig verändern können. Viel bedeutsamer für die Änderungen der Warenpreise sind die Änderungen in den Preisen für Rohstoffe. Innerhalb des letzten Jahres ist eine Reihe wichtiger Weltrohstoffe um 25 bis 40 Prozent gestiegen. Wir merken aber noch nicht, daß die Fertigwarenpreise dementsprechend billiger geworden sind. Wir merken ebensowenig, daß die im Inlande hergestellten Rohstoffe, insbesondere Kohle und Eisen, in dem Maße nachgegeben haben, wie es der jetzigen Wirtschaftskrise entspräche. Die Differenz zwischen den Inland- und Auslandspreisen wichtiger Produkte wird von Woche zu Woche größer und unerträglicher. Wir müssen fordern, daß die Kartellkontrolle unverzüglich schärfer gehandhabt wird, und daß zum Mittel der Zollsenkung für diejenigen Produkte, deren Preise zu stark unter dem Einfluß der Spekulationsbildung stehen, gegriffen wird.

Die Unternehmer, die über die Höhe der Löhne klagen, beachten auch nicht, daß zwar der Lohn des einzelnen ein

wenig erhöht sein mag, daß aber infolge der Nationalisierung in der Regel die ausgezahlte Lohnsumme ganz beträchtlich gesunken ist. Sie kümmern sich auch nicht um die Kaufkraft der Löhne. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hinzuwirken, besonders wenn eine Lohnsenkung in bedrohliche Nähe gerückt ist. Wird das von uns angestrebte Gleichgewicht zwischen ländlicher und städtischer Kaufkraft durch Lohnsenkungen gestört, dann müssen wir verlangen, daß auch die landwirtschaftlichen Produkte in ihren Preisen der Kaufkraftminderung der städtischen Bevölkerung entsprechend sinken.

Der Plan der Regierung enthält keinen Vorschlag zur stärkeren Anknüpfung des Wohnungsbaues, obwohl das im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage und die schlechten Wohnverhältnisse der breiten Masse der Bevölkerung die Voraussetzung hätte sein müssen. Die Regierung beabsichtigt, den entgegengesetzten Weg zu gehen. Statt der bisherigen Verwendung von 800 Millionen Reichsmark aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau will sie künftig diesem Zwecke nur noch 400 Millionen zuführen. Die verbleibenden 400 Millionen sollen der Senkung der Realsteuern dienen. Die Kürzung der öffentlichen Gelder für den Wohnungsbau nötigt zu einer starken Einschränkung der Wohnungsbautätigkeit. Nach dem Plane der Regierung sollen von 1931 an jährlich nur noch 165 000 Wohnungen mit Hilfe von Hauszinssteuerhypotheken gebaut und weitere 50 000 Wohnungen ohne jegliche Zuschüsse vom freien Kapitalmarkt aus finanziert werden. Das muß katastrophale Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen.

Ab 1. April 1936 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau gänzlich in Wegfall kommen. Damit gibt die Regierung den Wohnungsbau völlig der privaten Bauwirtschaft preis, obwohl die Verhältnisse der Vorkriegszeit bewiesen haben, daß die Privatwirtschaft ihre Aufgabe in bezug auf den Kleinwohnungsbau nicht lösen konnte. Heute, unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen, ist der Einfluß der öffentlichen Hand auf diesem Gebiete noch notwendiger. Der hier von der Regierung gemachte Vorschlag ist daher ein doppelter Fehler.

Auffallend ist, daß die Regierung kurzerhand 400 Millionen Reichsmark dem Wohnungsbau entziehen will, andererseits aber von einer besseren Ausschöpfung der Hauszinssteuer, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert wird, absieht. In Preußen allein würden, wenn die vom Mieter gezahlten Hauszinssteuerbeträge in vollem Umfang vom Hausbesitzer an die Steuerklassen abgeführt würden, 300 Millionen Reichsmark mehr einkommen.

Nach dem Regierungsplan soll auch der Mieter sich in den nächsten Jahren weiter gelockert werden und am 1. April 1936 ganz in Wegfall kommen. Auch hier hat die Regierung den Forderungen der Hausbesitzer glatt nachgegeben. Bei dem Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage an Wohnungen und bei dem Zwang für jedermann, infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sich mit seinen Ausgaben für die Wohnung einzuschränken, und weiter im Hinblick auf die Absicht, Löhne und Gehälter abzuhauen, wird in den nächsten Jahren die Nachfrage nach kleinen Wohnungen besonders groß sein. Das muß automatisch zu einem erheblichen Anziehen der Miete für diese Wohnungen führen und davon würde die arbeitende Bevölkerung besonders hart betroffen werden. Die Höhe der Miete und die der Löhne müssen in einem erträglichen Verhältnis zueinander bleiben. Das ist aber nur zu erreichen durch eine gezielte Bindung, wie sie zurzeit in den Mieter-schutzgesetzen vorhanden ist.

Von jeher sind die Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Hatten wir früher den Achtstundentag deshalb gefordert, weil wir dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wollten, so haben wir die 44-Stunden-Woche in Stockholm auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress aus wirtschaftlichen Gründen gefordert. Die Nationalisierung hat der Wirtschaft ungeheure Ersparnisse an Arbeitskraft gebracht. Ersparnisse, die sich auf der anderen Seite in einer Überfüllung des Arbeitsmarktes bemerkbar machten. Der Produktionsapparat ist in gewaltigem Ausmaß vergrößert und die Abfahrmöglichkeiten sind nicht entfernt so stark gewachsen, weil die Kaufkraft der breiten Massen hinter der Verwertung der Produktion zurückbleibt. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit der Produktionsapparat voll ausgenutzt und damit die Arbeiterkraft voll beschäftigt wird. Selbst in Amerika, deren wirtschaftliche Lage unergänzlich besser ist als die unsere, gewinnt seit dem Beginn der dortigen Depression das Schlagwort der „Fünftagewoche“ an Boden.

Nun hatten wir uns freilich die Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung für die Zeit eines Aufblühens der Wirtschaft vorgesetzt. Jetzt aber werden wir dazu gedrängt, uns mit der gleichen Frage für die Zeit einer Wirtschaftskrise zu beschäftigen. Was die Frucht wachsender wirtschaftlicher Produktion sein soll, wird nunmehr zu einer Frage der Arbeitsmarktlage. Wir haben rund 3 Millionen Arbeitslose, und wir wissen nicht, wie groß die Zahl der Arbeitslosen sein wird, die in den nächsten Monaten noch arbeitslos werden. Heute weiß selbst der Arbeiter im Betrieb nicht, ob er morgen noch beschäftigt ist. Auch für ihn hat daher die Frage einer Arbeitszeitverkürzung Bedeutung. Eine solche Verkürzung bedeutet eine Art Selbstversicherung der Arbeiter gegen weitere Entlassungen und darüber hinaus einen Akt der Solidarität gegenüber den Arbeitslosen, denen dadurch die Möglichkeit geboten wird, früher in den Produktionsprozess wieder eingereicht

zu werden, als sie es nach der bisherigen normalen Arbeitsdauer erwarten könnten.

Wir haben uns ein Bild davon zu machen gesucht, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden wohl wirken könnte. Wir haben der Vorsicht halber die Kleinbetriebe, die Landwirtschaft und die Hauswirtschaft ausgeschlossen, die schon bestehende Kurzarbeit berücksichtigt und auch das Baugewerbe mit seinen besonderen Bedingungen sowie den Bergbau, bei dem bereits jetzt zahlreiche Feierschichten eingelegt sind, außer Ansatz gelassen. Wir kommen dann bei achtstündiger Verkürzung der Arbeitszeit und unter der Voraussetzung gleichbleibender Konjunktur zu der sehr vorsichtig geschätzten Zahl von einer viertel bis einer halben Million Arbeitsloser, also 10, 15 oder vielleicht auch 20 Prozent der augenblicklichen Arbeitslosenzahl, die für eine Wiedereinstellung in Betracht kommt. Das mag wenig genug sein, aber wir dürfen nicht den psychologischen Effekt verkennen, den die Verkürzung der Arbeitszeit auslöst. Wir haben im Vorstadium mehrmals und eingehend über die Frage gesprochen. Es ist dort auch zum Ausdruck gekommen, daß dieser psychologische Effekt in sein Gegenteil umschlagen könnte, wenn die Hoffnung auf Einstellung weiterer Arbeitsloser fehlschlägt. Wir würden in diesem Falle nicht nur der Arbeiter im Betrieb uns zum Gegner machen, der unter der Arbeitszeitverkürzung leidet, sondern auch den Arbeitslosen nicht zum Freunde gewinnen, dessen Hoffnungen fehlschlagen sind. Dieser Einwand ist insofern anzuerkennen, als wir vorsichtig sein müssen. Wir müssen betonen, daß die Arbeitszeitverkürzung in erster Linie dem noch Arbeitenden seinen Arbeitsplatz sichert und erst darüber hinaus einige Hoffnung auf Wiedereinstellung bisher Arbeitsloser gibt.

Man hat auch das Kaufkraftargument angeführt, aber dabei doch wohl übersehen, daß die Gesamtkaufkraft nicht geschmälert wird, sondern nur eine Verschiebung der Kaufkraft stattfindet, und daß auch die Art der Kaufkraft insofern nicht verändert wird, als der bisher Arbeitslose voraussichtlich nicht in erster Linie seine Ernährung verbessern wird, sondern zuerst an einen Ersatz für seine abgetragene Kleidung denken muß.

Wir können freilich nicht darauf bauen, daß die Unternehmer — von Ausnahmen abgesehen — sich für den Gedanken einer Arbeitszeitverkürzung begeistern werden. Was sie fordern, ist eine Verkürzung der Stundenlöhne, die ihnen eine Verbilligung der Produktionskosten gewährleistet, nicht aber eine Verkürzung der Wochenlöhne auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung. Nun müssen wir — besonders nach dem Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie — vorsichtshalber mit der Möglichkeit rechnen, daß der Druck auf die Löhne so stark wird, daß er nicht immer abgewehrt werden kann. Ist es in dem Falle nicht besser, eine Lohnkürzung in der von uns für richtig befundenen und für die Arbeiterschaft vorteilhafteren Weise vorzunehmen, als mit anzusehen, daß die Unternehmer eine Lohnkürzung in ihrem Sinne durchsetzen? Bedenken wir doch ferner, daß das Schlagwort der Arbeitszeitverkürzung bereits in der bürgerlichen Presse seit Wochen diskutiert wird. Müssen wir nicht unferneits dazu Stellung nehmen? Wir müssen es um so mehr, als ja die Arbeitszeitverkürzung, wie jeder unserer Verbandsvertreter aus seiner Versammlungstätigkeit bezeugen kann, schon jahrelang und immer dringlicher von unseren Mitgliedern gefordert wird. Man ist ja in einzelnen Betrieben sogar dazu übergegangen, das in der Praxis durchzusetzen, was wir nunmehr von der Gewerkschaft fordern. Im Bergbau sind zahlreiche Feierschichten eingelegt. Die Berliner Metallarbeiter haben ihrerseits die Kürzung der Arbeitszeit vorgeschlagen. In den Eisenbahnerwerkstätten, bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, im Leunawerk und kürzlich bei einer Hamburger Elmühle sind bereits derartige Vereinbarungen zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaften getroffen worden. Es ist also Zeit, daß auch der Bundesausschuß in dieser Frage seine Stimme erhebt.

Gegen die Überarbeit haben wir bisher wenig genug erreicht. Deshalb fordern wir jetzt die gezielte Beschränkung der Überstunden auf die dringlichsten Ausnahmefälle und weiter, daß für jede Überstunde ein Sonderbeitrag in Höhe des Stundenlohnes zur Unterstützung der Arbeitslosen vom Unternehmer gezahlt werden soll.

Wir fordern zur Entlastung des Arbeitsmarktes weiterhin die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen. Nach den letzten Auswertungen sind allein in der Reichsverwaltung 51 600 Ruhegehaltsempfänger mit einer Gesamtrentenlast von 200 Millionen Mark jährlich. Davon entfallen 36 000 Pensionen auf ehemalige Reichswehrangehörige mit einem Gesamtrentenbetrag von 140 Millionen Mark. Dazu treten weitere 1500 Wartegeldempfänger mit jährlich 18 Millionen Mark Pensionslast. Die Reichsbahn zählt 116 000 Ruhegehaltsempfänger und 21 000 Wartegeldempfänger mit zusammen 300 Millionen Mark an Pensionen. Aber die Zahl der Pensions- und Wartegeldempfänger bei der Reichspost, die sehr zahlreich sind, sind im Augenblick positive Angaben nicht erhältlich. Nach einer Zusammenstellung von Hinner (im „Freien Wort“ 1930, Heft 33) sind für Pensionen und Wartegelder insgesamt im Deutschen Reich etwa 1,9 Milliarden Mark zu rechnen.

Die große Mehrzahl der hiernach auf etwa 750 000 zu berechnenden Zahl der Empfänger kann von den Pensionen usw. gut leben, ohne daneben noch beruflich tätig sein zu müssen und anderen, die nur auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind, den Arbeitsplatz wegzunehmen. Wir verlangen deshalb, daß diese hunderttausende Pensionsempfänger ihre Arbeitsplätze räumen, wozu sie sich von

selbst entschließen werden, wenn ihnen der Arbeitsverdienst auf ihre Bezüge angerechnet wird.

Und nun ein Wort zu den Notverordnungen, soweit es sich um ihren sozialpolitischen Inhalt handelt. Den Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, wie er durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen unseren Widerstand durchgeführt worden ist, lehnen wir auch heute noch ab. Wir sind der Überzeugung, daß auf dem Wege über die Kürzung der sozialen Leistungen weder der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden kann noch die Finanzen des Reiches saniert werden können. Wir fordern, daß der Reichstag eine grundsätzliche Revision der zum Teil sozial völlig ungerechten Bestimmungen der Notverordnung im Sinne unserer Forderungen vornimmt.

Eines der dringendsten Probleme ist die Neuregelung der Versorgung der immer zahlreicher werdenden langfristig Erwerbslosen, die keine Ansprüche mehr an die Arbeitslosenversicherung haben. Die Krisenunterstützung wird ihrer Aufgabe heute nur noch in geringem Umfang gerecht. Neben 472 000 Krisenunterstützten zählen die Gemeinden zurzeit etwa 550 000 unterstützte Wohlfahrtserwerbslose. Ohne beträchtliche Ausdehnung der Krisenunterstützung muß sich das Verhältnis immer mehr zugunsten der Gemeinden verschieben. Dieser Belastung sind jedoch die Gemeinden auf die Dauer nicht gewachsen. Zahlreiche Gemeinden haben bereits ihr Unvermögen erklärt, während in anderen Gemeinden nur ganz geringfügige Unterstützungen (Familienväter erhalten 4 bis 5 Mk. wöchentlich) gewährt werden.

Die Krisenunterstützung muß grundsätzlich auf alle Berufe und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Der neue Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsministeriums sieht zwar grundsätzlich die Einbeziehung aller Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste und die Ausnahme der Arbeitslosen unter 21 Jahren vor. Diese letztere Einschränkung muß bei der großen Zahl der erwerbslosen Jugendlichen als sehr gefährlich erscheinen. Völlig unmöglich sind aber die vorgeschlagenen radikalsten Kürzungen der Leistungen. Es sollen die Unterstützungsätze um mehrere Lohngruppen herabgesetzt werden und außerdem soll eine Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, die selbst bei einer Armenfürsorge als drakonisch empfunden werden müßte. Jedes Lohnneinkommen in der Familie wird bis auf den Betrag von 15 Mk. wöchentlich auf die Unterstützung voll angerechnet. So würde z. B. künftig, wenn in einem gemeinsamen Haushalt, in dem außer den Eltern ein erwachsener Sohn und fünf unverorgte Kinder leben, der arbeitslose Vater nur noch 1,45 Mk. Unterstützung wöchentlich erhalten, wenn der erwachsene Sohn ein Lohnneinkommen von 35 Mk. wöchentlich hätte.

Außerdem wird die Höchstdauer der Krisenunterstützung von 39 auf 32 Wochen herabgesetzt. Arbeitslose, die infolge nur vorübergehender Beschäftigung keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben, und die bisher Krisenunterstützung erhalten konnten, wenn sie in den letzten 52 Wochen 13 Wochen gearbeitet hatten, sollen nun völlig aus der Krisenunterstützung ausscheiden. Die Belastung der ohnehin zusammenbrechenden Gemeinden wird dadurch in Zukunft noch erheblich größer sein.

Die vorgelegte Entschliebung beschäftigt sich auch mit den Reparationslasten. Wir haben immer wieder betont, daß die Voraussetzung für eine reibungslose Durchführung der uns auferlegten Zahlungsverpflichtungen darin bestehen müsse, daß uns die ausländischen Märkte für den Absatz unserer Industrieprodukte offenstehen. Wir haben ebenso wie die Sachverständigen des Young-Planes darauf hingewiesen, daß der Young-Plan nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut sei, sondern politischen Rücksichten weitestgehend Rechnung trage. Wir sind trotzdem für die Annahme dieses Planes eingetreten, nicht weil wir die durch ihn auferlegten Lasten als gering erachteten, sondern weil er im Vergleich zu dem bisher geltenden Dawes-Plan zweifellos eine Entlastung bedeutet, die von Sachverständigen auf 20 bis 25 Prozent geschätzt worden ist. Diese Entlastung ist aber wegen der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht fühlbar in Erscheinung getreten. Wir müssen sogar sagen: Infolge des Wachstums dieser Krise, infolge der sich mehrenden Arbeitslosigkeit ist das Volkseinkommen erheblich zurückgegangen, so daß die Reparationsverpflichtungen uns vergleichsweise viel härter treffen als in den Zeiten guter Konjunktur.

Dazu kommt noch ein anderes. Seit einiger Zeit machen Finanzsachverständige darauf aufmerksam, daß der Wert des Goldes, sei es infolge abnehmender Goldproduktion, sei es infolge größerer Nachfrage, im Steigen begriffen ist. Wenn diese Tendenz, die sich seit einiger Zeit bemerkbar macht, anhalten sollte, dann würde dies bedeuten, daß wir in den nächsten Jahren viel mehr zahlen müssen als nach dem Young-Plan vorgesehen ist. Denn um die nötigen Devisen zu erhalten, müßten wir viel mehr Fertigwaren ausführen als bisher. Eine derartige Mehrzahlung ist aber unmöglich, da erstens die Weltkaufkraft in ständigem Sinken begriffen ist und damit unsere Abfahrmöglichkeiten sich verringern, und da zweitens die Tendenz aller Staaten, sich gegen ausländische Einfuhr abzusperren, im Steigen ist und damit eine weitere Erschwerung unseres Exportes erfolgen muß. Gerade die Vereinigten Staaten von Amerika, denen letzten Endes die Reparationszahlungen zuließen, haben sich neuerdings durch gewaltige Zollmauern gegen die Einfuhr ausländischer Waren abgeschlossen. Diese Tatsachen zwingen uns, die Besetzung der schweren Reparationslasten zu fordern, nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern der Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Die Berliner Metallarbeiter im Streit.

Am 15. Oktober haben die Arbeiter in der Berliner Metallindustrie die Arbeit eingestellt. Auf etwa 130 000 wird die Zahl der Streikenden geschätzt. Ein Arbeitskampf von solchem Umfang muß notwendig einen starken Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben. Für den Berliner Metallarbeiterstreik ist aber nicht nur sein Umfang von Bedeutung. Bei diesem Kampf spielen eine Reihe von Umständen eine Rolle, die ihn zu einem hervorragenden politischen Ereignis machen.

Das Zusammenwirken der Reichsregierung mit dem Unternehmertum in dem Streben, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken, hat zu Maßnahmen geführt, die in höchstem Maße provozierend auf die Arbeiterschaft wirken mußten. Die Arbeitslosigkeit ist groß, die Massen hungern, viele sind von den fargen Sätzen der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert und müssen sich mit den Bettelpfennigen der Krisen- und der Wohlfahrtsunterstützung bescheiden. Der chronische Hunger führt notwendig zur Erregung der Massen, die sich in den Arbeitsnachweisen stauen und immer dringender nach Arbeit und Brot verlangen. Und in einer solchen Situation kommt der Verband der Berliner Metallindustriellen mit der Zumutung, denen, die noch in Arbeit stehen, den gewiß nicht hohen Lohn um 15 Prozent zu kürzen.

Bei der ohnehin herrschenden Erregung muß eine solche Forderung, für die es eine sachliche Begründung nicht gibt, geradezu provozierend wirken. Die Organisation der Metallarbeiter bewahrt aber die Ruhe. Es wird verhandelt. Im Laufe der Verhandlungen kommt von Arbeiterseite die Anregung, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verkürzen. Die Arbeiter sind bereit, auf einen Teil des Lohnausfalles zu verzichten, wenn sich durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Möglichkeit bietet, eine Anzahl arbeitsloser Kollegen wieder in Arbeit zu bringen. Die Unternehmer stuzen, sie wollen sich diesen von wahrer Solidarität und Opferfreudigkeit diktierten Vorschlag überlegen. Das Ergebnis dieser Überlegung aber ist die entschiedene Ablehnung des Gebotens, durch Verkürzung der Arbeitszeit das Elend der Arbeitslosigkeit zu lindern.

Warum sollen sie auch den Wünschen der Arbeiter Zugeständnisse machen? Befinden sie sich doch in völliger Übereinstimmung mit der Auffassung der Reichsregierung. Das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung läßt ja in der Aufforderung an das Unternehmertum, die Löhne zu senken. Die Reichsregierung bekundet auch ihre Parteinahme für die Unternehmer durch direktes Eingreifen in die Verhandlungen. Den Berliner Scharfmachern in der Metallindustrie war die Aufgabe bezugswesen, bahnbrechend zu wirken in der Verwirklichung des auf Lohnabbau abgestellten Programms der Reichsregierung. So trat denn der Reichsarbeitsminister Stegerwald in Aktion. Er brachte den Streit in der Metallindustrie vor den Schlichter.

Die Schlichter sind in ihren Entscheidungen unabhängig, an Weisungen aus dem Reichsarbeitsministerium sind sie nicht gebunden. Es soll naive Leute geben, die an das geflüsterte Märchen von der Unabhängigkeit der Schlichter glauben. Wer das Wirken der Schlichtungsbehörden aus der Nähe betrachtet, erkennt aber un schwer, daß sie ein sehr feines Gefühl für den jeweils im Reichsarbeitsministerium wehenden Wind haben. Der Schlichter für Berlin ist der frühere Reichsarbeitsminister, der Sozialdemokrat und frühere Metallarbeiter Wissell. Vom Standpunkt der Metallindustriellen und der Reichsregierung bestand die Gefahr, daß dieser Schlichter von der formellen Unabhängigkeit seines Amtes wirklich Gebrauch machen könnte. Um diese Gefahr zu vermeiden, wurde er ausgeschaltet. Der Reichsarbeitsminister berief als Sonder schlichter den Dr. Böllers, einen höheren Beamten beim Bremer Senat.

Am 3. Oktober trat die Schlichterkammer zusammen. Nach mehrstündigen Verhandlungen vertrat Dr. Böllers die Sitzung. Er hatte das Bedürfnis, sich näher zu informieren, und er veranstaltete mit den Besitzern der Schlichterkammer Betriebsbesichtigungen. Ob sich wirklich jemand durch diese Geste von der Objektivität des Sonder schlichters überzeugen ließ? Die Verhandlungen wurden aber so bis zum 11. Oktober verschleppt. An diesem Tage fällt Herr Dr. Böllers mit den Stimmen der Unternehmer in der Schlichterkammer den Schiedspruch, durch welchen die Löhne um 8 Prozent gekürzt werden sollen. Am 18. Oktober lief die Erklärungsfrist der Parteien ab.

Die Metallarbeiter warteten den Ablauf dieser Frist nicht ab. Die Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes lehnten bereits am 12. Oktober den Spruch einmütig ab. Sie beschloßen aber eine Urabstimmung in den Betrieben, an der sich alle Arbeiter, auch die Unorganisierten, beteiligen durften. Diese am folgenden Tage vorgenommene Abstimmung ergab 90599 Stimmen für den Streit und 15834 für die Annahme des Schiedspruches.

Der Streikbeschuß, der am 15. Oktober prompt durchgeführt wurde, störte die Rechnung der Unternehmer und ihrer Verbündeten im Reichsarbeitsministerium. Offenbar hatte man sich den Gang der Dinge so vorgestellt, daß der Schiedspruch nach Ablauf der Erklärungsfrist für verbindlich erklärt wird. Damit wären die Arbeiter gezwungen gewesen, sich dem Diktat zu fügen. Durch die Unterstützung eines Streiks gegen einen verbindlichen Schiedspruch hätte sich ja der Metallarbeiter-Verband den bestreikten Unternehmern gegenüber schadenerfassend gemacht.

Daß man im Reichsarbeitsministerium diese Gedanken gänge verfolgte, war auch die Ansicht des Ausschusses

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der sich angesichts der Bedeutung der Sache auf seiner Tagung am 13. Oktober mit dem Konflikt in der Berliner Metallindustrie beschäftigte. Das Ergebnis der dort gepflogenen Aussprache war die einstimmige Annahme der folgenden Entschlieung:

„In dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Verurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedspruchs versucht wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzuzwingen.“

Durch die Arbeitseinstellung hat sich die Lage geändert, und es scheint doch zweifelhaft, ob es zu der beabsichtigten Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs kommt.

Der Streit der Berliner Metallarbeiter ist ein Fanal. Er ist ein Warnungszeichen sowohl für das Unternehmertum, das den Lohnabbau betreiben möchte, wie für die Regierung, die diese Pläne fördert. Um so bedauerlicher ist es, daß die kommunistischen Quertreiber sich auch hier wieder bemühen, Uneinigkeit in die Arbeiterschaft zu tragen. Es handelt sich um einen Abwehrkampf von gewaltigem Ausmaß, dessen Ausgang richtunggebend für die Lohnpolitik in der gesamten deutschen Industrie werden dürfte. Hier ist die Einigkeit der Arbeiter doppelt nötig. Die Führer der Kommunisten wissen aber in diesem Augenblick nichts Besseres zu tun, als Schmutzkebel gegen die Gewerkschaften zu schleudern und die Arbeiter gegeneinander aufzubringen. Was ist aber auch den Moskauer Agenten daran gelegen, wenn das Lohnniveau der deutschen Arbeiter herabgedrückt wird? Sie würden es vermutlich gar nicht ungern sehen, wenn die Arbeiter in diesem Kampf unterliegen. Wer das Treiben der kommunistischen Agitatoren beobachtet, der kann leicht erkennen, daß es ihnen nicht um die Abwehr des Lohnabbaues zu tun ist. Für sie ist der Streit eine willkommene Gelegenheit, in der Arbeiterschaft die Stimmung zu erzeugen, die sie ihren Putschplänen gefügig macht.

Bis jetzt hat das überlaute Geschrei der Moskowiter nicht die erwartete Wirkung gehabt. Die streikenden Arbeiter stehen zu ihrer Organisation und kümmern sich nicht um die kommunistischen Parolen. Die Arbeiterschaft in ganz Deutschland blickt aber gespannt auf diesen Kampf, der, nicht nur für die Nächstbeteiligten, von weittragender Bedeutung ist.

Wir zerschlagen die Gewerkschaften.

In der Monatschrift „Der Meister“ untersucht der Nationalsozialist Hans Held die Gründe, weshalb „die Männer der Großindustrie und der Bankwelt den Nationalsozialismus mit ihrer materiellen Macht untermauern müssen“. Nämlich aus folgenden Gründen:

„Wir Nationalsozialisten zerschlagen auch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen auch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr (Unternehmer) uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden.“

Dieses Bekenntnis eines nationalsozialistischen Führers sagt dem Kundigen nichts Neues. Immerhin ist es wertvoll, zeigt es doch, was die Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist und was sie vorhat.

Zur Behebung der Wirtschaftsnot.

Als erfreulicher Beweis für das Zusammenwirken der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften kann die Tatsache registriert werden, daß die Entschlieung des Bundesausschusses, die an der Spitze dieser Nummer abgedruckt ist, von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages sofort in geeigneter Form den gesetzgebenden Faktoren unterbreitet wurde. Sie hat im Reichstag den folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und um der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken, unverzüglich die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

1. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zum Zwecke der gerechten Verteilung der Arbeitsgelegenheit für die Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit die vierzigstündige Arbeitswoche vorschreibt, unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Dabei muß die Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und die Anmeldung offener Stellen zur zwingenden Vorschrift gemacht werden. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die freiverwendenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen. Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abzuführen hat.

2. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Anrechnung aller Einkünfte auf alle Pensionen und Wartegelder unter Schonung der kleinen Gesamteinkommen zu erfolgen hat.

3. Auf Grund der Vollmachten der Kartellverordnungen vom 2. November 1923 und vom 26. Juli 1930 ist eine durchgreifende Preislenkung, im besonderen bei den Grundstoffen der Industrie, den Lebensmitteln und anderen Gegenständen des Massenbedarfs herbeizuführen. Widerstände sind durch Aufhebung von Preisbindungen, durch Herabsetzung von Zöllen oder durch Verschärfung der Kartellkontrolle zu überwinden.

Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung ist wiederherzustellen.

4. Die Reichsregierung wird aufgefordert, zur wirksamsten Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht

a) unter Aufhebung entgegenstehender Verwaltungsanordnungen die Finanzämter anzuweisen, in allen Zweifelsfällen von der gesetzlichen Auskunftspflicht der Banken, Bankiers und Vermögensverwalter Gebrauch zu machen;

b) die Finanzämter anzuweisen, die Bestimmungen der §§ 33, 34 des Einkommensteuergesetzes über die Erfassung von Gewinnen aus dem Geschäftsverkehr mit dem Ausland streng durchzuführen;

c) die Organe des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes in verstärktem Maße zur Aufklärung von Steuerfluchtvergehen heranzuziehen;

d) dafür zu sorgen, daß bei Steuerfluchtvergehen die bestehenden Strafvorschriften für Steuerzuwiderhandlungen (Freiheitsstrafen, Vermögensentziehung, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) mit aller Schärfe angewendet und die Namen der Befragten sowie die festgesetzten Strafen in allen Fällen veröffentlicht werden;

e) den Abschluß internationaler Rechtshilfeverträge zu betreiben.

Außerdem hat die sozialdemokratische Fraktion die folgenden Anträge eingebracht:

1. Die Reichsregierung zu erfuchen, unverzüglich Maßnahmen vorzubereiten, durch die die finanziellen Schwierigkeiten der Pensionsversicherung der im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten (Knappschaftsversicherung) wirksamer als durch die Bezürlung behoben werden.

2. Die Reichsregierung aufzufordern, zur Entlastung des Arbeitsmarktes von jugendlichen Arbeitskräften schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erweiterung der allgemeinen Schulpflicht unter Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen reichsgegliedert regelt.

Was kostet den Deutschen ihre geistige Bildung?

Von der Deutschen Bücherei wurde festgestellt, daß der Wert der in einem Jahr erscheinenden deutschen Bücher rund 200 000 Mk. Ladenpreis beträgt. Bei den Zeitschriften ist man auf Schätzungen angewiesen. Es wird ein Wert von 150 000 Mk. angenommen, so daß sich die deutsche literarische Gesamtproduktion im Jahre auf rund 350 000 Mk. beläuft. Bei Annahme einer durchschnittlichen Auflagenhöhe von 3000 bei Büchern und 6000 bei Zeitschriften würde sich ergeben, daß die deutsche literarische Erzeugung einen jährlichen Wert von etwa 1½ Milliarden Mark darstellt. Daran ist zu ersehen, auf welcher Höhe sich der geistige Konsum des Volkes der Dichter und Denker bewegt.

20 Milliarden Liter Milchverbrauch.

In Deutschland gibt es 9½ Millionen Milchkuhe. Im Reichsdurchschnitt liefert jede Kuh jährlich etwa 2220 Liter Milch. Alle Kühe zusammen geben 20 Milliarden Liter. Von den Kühen des kleinen Mannes, den Ziegen, werden 5 Milliarden Liter gewonnen. Zusammen sind das 25 Milliarden Liter Milch. Davon kommen etwa 5 Milliarden zur Verfütterung an die Jungtiere. Wenn man die restlichen 20 Milliarden auf die Bevölkerung verteilt, so ergibt das pro Kopf einen Jahresverbrauch von rund 387 Liter. Diese Menge wird freilich nicht restlos in flüssiger Form genossen, sondern auch als Butter, Käse und in anderer Art.





Aus dem Verbandsleben



Ein Zweitkampf.

Eintönig summt die Hobelmaschine unter meinen Händen. Auf den schwingenden Tönen wollen meine Gedanken ent-eilen in das Reich der Träume. Doch das darf nicht sein. Nur ein schwaches Stück Holz unter meinen Fingern schült mich vor der Gefahr, mein weiteres Leben als Krüppel zu fristen. Ich bin meinem Brotherren hörig; nicht nur daß ich ihm meine Arbeitskraft verkauft habe, nein, auch meine Seele. Ich bin gezwungen, meine ganze Aufmerksamkeit einer Tätig-keit zu schenken, die darin besteht, ein Stück Holz nach dem andern über eine Messerwelle zu schieben. Eine Arbeit, die ein Kind verrichten könnte. Wenn die scharfen Stahlmesser nicht wären, die, eistmal auf Touren gebracht, unerbittlich alles an sich reißen, ob Holz oder Menschenfleisch. Diese Tat-sache ist fest in meinem Unterbewußtsein verankert. Bis in den Schlaf hinein verfolgt mich das gierige Brummen der Messer.

Ein leichtes Klopfen auf meine Schultern reißt mich aus dem Nachdenken. Der Tischler Matthes fordert mich auf, in meiner Eigenschaft als Betriebsratsmitglied mit zum Unter-nehmer zu kommen. Ich rücke meine Karre aus, lehre mir die Späne vom Kettel und folge ihm. Draußen erwartet uns der Polierer Ritter und schließt sich an.

Matthes geht barfuß; er hat gearbeitet, er hat geschwitzt, es ist daher verständlich, daß seine Füße nicht zum Küssen sind. Für ihn hat das aber nichts zu bedeuten. Er tappt mit einer Selbstverständlichkeit, die seiner starken Natürlichkeit ent-spricht, den Betongang entlang. Wir treten ein in das Aller-heiligste des Herrn, in sein Privatkontor. Der Unternehmer lehnt lässig am großen, den ganzen Raum mit Licht über-flutenden Fenster. Auf seinem Gesicht erscheint eine gönner-hafte Miene, als er Matthes erblickt, der wie ein Stier mitten im Raum steht.

Und nun beginnt das Spiel der Verhandlung. Mit aal-glatte Höflichkeit bietet uns der Fabrikant Sitzgelegenheit an. Ritter und ich versinken in die Tiefen der Klubessel. Wohl ist es mir in dieser Umgebung nicht; ich habe ein Ge-fühl als säße ich in einer Falle. Anders Matthes. Er ver-zichtet auf Sessel und dicke Zigarre, er erwartet den Angriff des Kapitalisten mit eisiger Ruhe.

Nach einem Räuspern begann Herr Borte mit dem Fluß seiner mit großem Geschick vorgetragenen Rede. Wie ein Strom süßen Weines flossen ihm die Worte vom Munde. Seine Absicht ist, uns drei trunken zu machen. „Meine werten Mitarbeiter“, so begann er, „wenn ich Sie zu mir rufen ließ, dann in der Absicht, Ihnen Mitteilung zu machen von der schwierigen Lage, in der sich unser Unternehmen zurzeit be-findet. Das vergangene Jahr, das uns eine Fülle von kurz-fristigen Aufträgen brachte, zwang uns, um konkurrenzfähig zu bleiben, zur Rationalisierung. Also zur Kapitalaufnahme. In Deutschland, wo kein Geld unter 8 bis 10 Prozent zu bekommen ist, bedeutete das eine große Gefahr für die Reu-tabilität unseres Unternehmens. Wenn wir trotzdem alle Bedenken zurückgestellt haben, dann vor allen Dingen aus der Sorge um den Weiterbestand unseres Wertes überhaupt und um die Weiterbeschäftigung der Arbeiter und Ange-stellten im besonderen. Leider hat uns das vorige Jahr schwere Enttäuschungen gebracht. Wir hatten durch die modernen Maschinen unsere Herstellungsquote um 30 Pro-zent gesteigert bei ziemlich gleichem Stand der Beschäftigten. Doch die Verkaufsquote sank, unsere Zinsenlast blieb aber bestehen. Ich will hier nicht die Ursachen der Krise unter-suchen. Für uns ergibt sich die Notwendigkeit, Abwehrmaß-nahmen zu ergreifen, soll nicht die ganze Industrie vor die Hunde gehen. Nach reiflicher Überlegung bin ich zu dem Entschluß gelangt, Ihnen folgende Vereinbarung zur An-nahme zu empfehlen: Die Arbeiter- und Angestelltenchaft bildet eine Werksgemeinschaft mit der Betriebsleitung. Um härteren Notwendigkeiten zu entgegenen, erklären die Arbeiter und Angestellten ihre Bereitwilligkeit, zu einer Senkung der Herstellungsquoten beizutragen. Sie erklären sich einver-standen mit einer Lohnkürzung um 10 Prozent und den Verzicht auf Ferien.“

„Jetzt ist die Frage aus dem Sad“, bemerkte Matthes ironisch, indem er einen Schritt vortrat. Der Unternehmer hatte mit wohlklingender Stimme auf uns beide eingetroffen und den Tischler kaum beachtet. Ehe ich mich von der suggestiven Wirkung seiner Worte befreien konnte und unseren Standpunkt darlegen konnte, war Matthes schon vorgezogen. Beide Hände auf dem Hüften, trat er lautlos auf den Fabri-lanten zu. Er war ein sehr schöner Mann; groß wie ein Kiste und breit in den Schultern. Das Gesicht braun, wie es Jagdhorn. Mit lauter, voller Stimme, in der die Er-terung mitschwang, begann er zu sprechen: „Bester Herr Borte, wie ich aus Ihrer Darlegung ersehen konnte, sind Sie es Begriffe, die Folge der Tarifgemeinschaft zu verlassen. Die E-Lände die Sie anzugehen beliebten, können wir als Ver-träger der Arbeiterschaft nicht anerkennen. Sie haben fremdes Kapital zur Rationalisierung aufgenommen. Also für Maß-nahmen, die bei steigender Produktivität eine Verminderung der schaffenden Hände bedingt. Sie haben das Betriebs-kapital erhöht, und die Kosten dafür sollen nicht, wie es sich eigentlich gehörte, von den Nutznießern dieser Anlage gezahlt

werden, sondern von denen, die am härtesten davon getroffen werden, die selber oder später ihr Brot dadurch verlieren. Also durch das Opfer eines Teiles der Arbeiter soll es er-möglicht werden, den anderen Teil auf das Pflaster zu werfen

Borte nochmal in einem etwas höflicheren Ton die Ablehnung seiner Werksgemeinschaft kundgegeben hätten, verließen auch wir den Schauplatz des Zweitkampfes. — Wir bekamen unsere Ferien, auch vom Lohnabzug war keine Rede mehr. Die an-gekündigte Maßregelung, die der Unternehmer in seiner maß-losen Wut vornehmen wollte, konnte zu meiner Freude nicht durchgeführt werden. Die gesamte Belegschaft stand wie ein Mann hinter Matthes, eingedenk des Wortes: „Verein-zelt seid ihr nichts, vereinigt alle.“

Paul Eitlich

Ein schöner Erfolg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Nach 17wöchigem Ringen haben die Streikenden bei Eischala ihre alten Arbeitsplätze im Betrieb wieder eingenommen. Die Firma mußte ihre Absicht aufgeben, die dahin ging, die Löhne um 10 bis 15 Pf. herabzusetzen. Die zähe Ausdauer der Strei-kenden, von denen kein Mann umgefallen ist, hat den Erfolg gebracht. Zwar gelang es der Firma schon in den ersten Wochen, aus den Reihen der christlichen Gemeinschaften „Er-satz“ in ausreichender Zahl zu bekommen; die Zahl der Streik-brecher hat kurz vor dem Ende der Bewegung die der Strei-kenden sogar noch libertroffen; aber was waren das für Gesellen. Nicht nur, daß aus dem Betrieb über die Dauer des Streiks so gut wie nichts herauskam, auch das wenige, das fertiggestellt werden konnte, war böser Mühs. Bei solcher Handwerkskunst der ehrbaren Streikbrecherzustütze konnte auch die Polizei und die Staatsanwaltschaft der Firma nicht helfen, wenn es auch diese Stellen an gutem Willen gewiß nicht fehlen ließen. Es verdient festgehalten zu werden, daß das Verhalten der Firma in vollem Maße durch den Verband Württembergischer Holzindustrieller gedeckt wurde, der auch an den Verhandlungen beteiligt war, die zum Abschluß führten. Zwar mußte in Einzelfällen eine Korrektur der Löhne zugestanden werden; sie übersteigt aber nicht 2 Pf. im Durchschnitt, gegen 10 bis 15 Pf., die gefordert waren; über gar 25 Pf., welche die Firma bei ihrem erstmaligen Versuch im August abziehen wollte. Nach wie vor bewegen sich die Stundenlöhne wesentlich über dem tariflichen Stand. Selbst-verständlich haben die Streikbrecher restlos das Feld räumen müssen. Das Ergebnis des langwierigen Kampfes ist ein schöner Erfolg unserer Kollegen; ihr Vertrauen in unseren Verband wurde gelohnt. Bei dieser Gelegenheit sei auch den Ortsverwaltungen in einer Anzahl von Städten gedankt, die uns unterstützten; indem sie ein wachsameres Auge auf die Montage von Streikarbeit hatten. Die Solidarität der Kol-legenschaft hat den Sieg über einen hartnäckigen Gegner davongetragen.

Vertragsabschluss in Minden i. W.

Für die neu eröffnete Ristenfabrik wurde ein Ab-kommen getroffen, wonach für Ristenmacher und Ristennagler über 22 Jahre der Stundenlohn 90 Pf. beträgt. Die Maschinen-arbeiter werden nach dem Lohnabkommen zu dem Landes-tarifvertrag für das östliche Westfalen entlohnt, dessen Be-stimmungen auch sonst von der Firma anerkannt werden.

Markredwitz. Unsere Verwaltungsstelle konnte kürzlich auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand am 27. September eine Jubiläumsfeier statt, verbunden mit der Ehrung von drei verdienten Kollegen mit 25- und mehrjähriger Verbandszugehörigkeit. Der Gauvorsitzer, Kol-lege Mörsberger, hielt eine Ansprache, in welcher er die Be-deutung unserer Organisation hervorhob. Am Schluß seiner Ausführungen überreichte er den Jubilaren, den Kollegen Meyer, Böfener und Rickauer, im Namen des Gesamtver-bandes unter Glückwünschen je ein Diplom. An die Dankes-worte der Jubilare schloß sich ein gemütliches Beisammensein.

Winterreisen der Naturfreunde.

Der Wintersport hat in den letzten Jahren auch unter der Arbeiterschaft eine immer größere Anhängerschaft gefunden. Wer es kann, sollte seinen Urlaub in der Winterszeit nehmen, um der gesündesten aller Sportarten huldigen zu können. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ ver-anstaltet auch in diesem Winter wiederum einige Gesell-schaftsreisen in die winterliche Gebirgswelt. Vom 23. De-zember 1930 bis zum 3. Januar 1931 führt die Reise nach Rißbüchel, dem Skiparadies Tirols, vom 21. Dezember 1930 bis zum 1. Januar 1931 eine Skifahrt und vom 25. Dezember bis zum 28. Dezember 1930 eine Gesellschaftsreise ins Riesengebirge und vom 25. bis 28. Dezember eine Fahrt in die Sächsisch-Böhmische Schweiz. Von Rißbüchel aus werden für fortgeschrittene Skiläufer Tagesfahrten in die herrliche Berg-welt Tirols unternommen. Für Anfänger ist ein Skikursus geplant. Die Skifahrt ins Riesengebirge führt hauptsächlich in den böhmischen Teil. Die Gesellschaftsreise führt zu den schönsten Punkten des Riesengebirges. Die Fahrt in die Sächsisch-Böhmische Schweiz führt nach Schmalka und von hier unter anderem zu den Schrammsteinen. Freibischof. Alles Nähere ist aus dem Anfang Oktober erschienenen Sonder-prospekt ersichtlich; diesen erhalten Interessenten nach Einlen-dung des Rückportos vom Reisebüro des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Berlin N. 24, Johannistrafte 14/15, zugesandt.

Den Alten zur Ehr'



Josef Müller.
Organisiert seit 1893.



Bernhard Schitowski.
Organisiert seit 1897.



Hermann Gebhardt.
Organisiert seit 1888.



Johann Arzahn.
Organisiert seit 1900.

Mitglieder der Verwaltungsstelle Elbing (Ostpreußen), die viele Jahre mit in vorderer Reihe der örtlichen Bewegung standen und denen wir den Aufstieg der Verwaltungsstelle von 15 Mit-gliedern im Jahre 1893 bis auf 650 gegenwärtig mit verdanken.

Den Jungen zur Lehr'

und ihn dem Hunger und Elend preiszugeben. Eine solche Zumutung erinnert an das Strauchrittertum vergangener Jahrhunderte.“

Matthes war mit diesen Worten dicht an Borte heran-getreten, der allmählich seine selbstüchere Miene verloren hatte. Grimm vor Wut, machte er den letzten Versuch, noch etwas Positives zu erreichen. „Meine Herren“, begann er, „Ihr Herr Kollege hat sich meinen Beweggründen verschlossen, er hat der Ansprache eine feindliche, sogar für mich eine be-leidigende Wendung gegeben. Ich nehme an, daß Sie die Meinung Ihres Freundes teilen. Trotz alledem halte ich mich im Interesse des Betriebes verpflichtet, Sie auf die Folgen einer Ablehnung meiner Vorschläge aufmerksam zu machen. Größere Entlassungen werden nicht zu vermeiden sein. Auch werden wir unumsichtig gegen Leute vorgehen müssen, die systematisch das gegenseitige Vertrauen untergraben, wie es Matthes soeben getan hat.“ Mit diesen Worten trat er reich hinter seinen Schreibtisch.

„Bängemachen gilt nicht“, entgegnete Matthes trocken und fügte ironisch hinzu: „Ein simpler Tischler, der kann schon einmal Kohldampf schieben, auch wird ihn das Bewußtsein trösten, einem Menschen, der mit den lauer verdienten Ferienreisen anderer Leute sich selber eine vergnügte Ferienreise leisten wollte, gehörig auf die Finger geklopft zu haben.“ Drehte sich um und verschwand aus dem Tempel des Kapitalgewaltigen.

Trotz einer diebischen Freude über die Stäupung eines Tarifbrechers waren mir doch Bedenken gekommen über die außerordentliche Schärfe, mit der das Treffen beendet hatte, ich fürchtete Nachteil für unseren Tischler, der sich so glänzend geschlagen hatte. Nachdem wir beide, Ritter und ich, dem Herrn

Mit Luffmann Kaspar Kimmann ist Nr. 43. Wolsanbauwerk füllig



Holzindustrie



Die Geschäftslage in der Holzindustrie im September 1930.

Die Arbeitslosigkeit hat auch im September eine Steigerung erfahren, doch hat sich das Tempo der Steigerung etwas verlangsamt. Das ist eine Auswirkung der Jahreszeit und berechtigt nicht zu optimistischen Erwartungen. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist Ende September auf 3 088 000 gestiegen. Auch in der Holzindustrie brachte der September einige Anlässe zur Besserung, die aber noch sehr schwach sind und jahreszeitlich gewertet werden müssen. Unsere Statistik über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie erstreckt sich auf 771 Betriebe mit 81 539 Beschäftigten. Im Laufe des Monats wurden 5 Betriebe mit 197 Arbeitern stillgelegt. Im August war die Still-

legung von 11 Betrieben mit 907 Arbeitern gemeldet worden. Für die Beurteilung der Konjunktur wichtiger ist die Tatsache, daß sich Einstellungen und Entlassungen im September nahezu die Waage hielten. Die Einstellungen überwiegen in den verschiedenen Zweigen der Möbelherstellung und der Herstellung von Holzwaren. Auch die Klavierindustrie hatte, durch die Jahreszeit bedingt, einen etwas stärkeren Arbeiterbedarf. Dagegen hat sich in den Sägewerken und in der Sperrholzindustrie die Zahl der Beschäftigten beträchtlich vermindert. Einen kleinen Rückgang weist die Kurzarbeit auf. Doch wurde immer noch in 299 Betrieben mit 29 325 Beschäftigten, das sind 36,0 Prozent der von der Statistik Er-

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat September 1930.

Berufsgruppe	Betriebe	Beschäftigten	Anzahl				Geschäftsgang				Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit Geschäftsgang									
			der Beschäftigten	der Entlassenen	der Leerplätze	der leeren Plätze	gut	befriedigend	schlecht	Sept. 1930	Aug. 1930		Sept. 1929							
						gut	bef.	schl.	gut	bef.	schl.	gut	bef.	schl.						
Möbel	163	17949	910	462	7796	30	4639	50	6326	83	6324	25,9	35,2	38,9	15,7	25,3	59,0	74,4	16,7	8,9
Interieurbau	29	2603	142	162	1865	2	181	8	892	19	1530	6,9	34,3	58,8	8,2	51,6	40,2	35,5	31,8	32,7
Weiße Möbel	30	2957	339	44	1380	2	331	4	388	24	2243	11,2	12,9	75,9	7,0	19,0	74,0	74,9	10,9	14,2
Büroarmmöbel	14	1595	143	91	871	3	418	3	401	8	776	26,2	25,1	48,7	7,6	23,1	69,3	36,4	35,9	27,7
Türen, Fenster usw.	35	2451	172	158	1766	4	287	12	978	19	1186	11,7	39,9	48,4	4,5	64,8	30,7	46,1	31,7	22,2
Stühle	37	3586	134	122	1761	8	1109	11	1360	18	1117	30,9	37,9	31,2	27,7	18,3	54,0	43,0	36,7	20,3
Mahlenstuhl, Vergold.	14	1356	31	21	956	2	279	6	704	5	378	20,6	51,9	27,5	-	27,7	72,3	39,4	18,0	42,6
Uhrgehäuse	12	1799	3	47	1744	-	-	3	527	9	1272	-	29,3	70,7	-	40,7	59,3	-	41,9	58,1
Holzwaren	51	4747	364	198	2309	7	792	15	1320	29	2635	16,7	27,8	55,5	6,5	29,6	68,0	32,0	39,2	28,8
Klaviere, Orgeln	51	3766	366	132	5630	-	-	11	1892	39	2374	-	37,0	63,0	-	20,5	79,5	12,5	18,5	69,0
Harmoniken	14	1625	37	48	611	1	115	5	306	8	1204	7,1	18,8	74,1	7,1	16,8	76,1	67,7	32,3	-
Sägewerke	76	5950	284	644	5507	9	1344	21	1656	46	2050	22,6	27,8	49,6	24,7	25,1	50,2	38,4	39,5	20,1
Rissen, Packfässer	40	3937	170	269	2256	3	480	14	1790	21	1667	12,2	45,5	42,3	11,9	35,2	52,9	32,7	60,3	7,0
Sperrholz	17	3028	12	204	1355	-	-	5	617	11	2411	-	20,4	79,6	-	44,2	55,8	14,1	60,8	25,3
Schuhleisten	6	683	12	45	315	-	-	1	52	5	631	-	7,6	92,4	-	12,8	87,2	34,6	65,4	-
Bürsten, Pinsel	40	4836	115	87	1836	6	850	8	1011	26	2975	17,6	20,9	61,5	5,9	25,2	68,8	28,5	59,7	11,8
Rammen, Saarshmod	16	1386	121	13	939	8	872	3	275	5	239	62,9	19,8	17,3	27,6	37,6	34,8	65,6	32,1	2,3
Knöpfe	12	1538	24	64	1027	2	87	2	616	8	835	5,7	40,0	54,3	2,0	46,4	51,0	45,7	46,3	8,0
Peifen	5	541	4	-	213	3	354	1	86	1	101	65,4	15,9	18,7	-	81,6	18,4	10,6	80,4	-
Weißtische	7	2056	6	159	960	1	140	2	739	4	1177	6,8	35,9	57,3	29,5	17,3	58,2	37,2	20,2	42,6
Stuhlröhre	4	541	8	17	432	-	-	1	96	3	445	-	17,7	82,3	-	17,8	82,4	-	39,9	60,1
Korken	7	692	-	20	656	-	-	3	372	4	320	-	53,8	46,2	15,0	61,5	38,5	11,0	56,9	32,5
Korbwaren	7	728	10	-	361	-	-	3	333	4	395	-	45,7	54,3	-	79,1	20,9	69,9	19,1	11,0
Sport-, Kinderw.	12	1588	69	25	585	-	-	6	1048	6	540	-	66,0	34,0	-	57,7	42,3	43,2	37,5	19,3
Waggons	25	3458	120	435	3602	1	133	6	1325	18	2500	33	33,5	66,3	13,8	21,6	64,8	27,1	45,9	27,0
Karosserien	14	1015	17	132	1567	-	-	1	174	13	841	-	17,1	82,9	-	16,4	83,6	-	28,2	71,8
Werften	17	2180	141	186	1822	2	147	6	1172	9	861	6,7	53,8	39,5	5,4	30,1	64,5	50,5	31,2	18,3
Mahmasch., Möbel	16	2448	40	30	1478	1	43	3	489	12	1916	1,7	20,0	78,3	-	-	100,0	70,6	10,1	19,3
Zusammen	771	81539	3794	3810	51660	95	12601	214	26440	457	42408	15,5	32,4	52,1	11,0	29,3	59,7	43,3	33,0	23,7
Im Vormonat	784	81785	2548	6164	54078	66	9017	202	23929	505	48839	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Stillgelegte Betriebe mit Arbeitern: 1 mit 9, 1 mit 29, 2 mit 54, 9 mit 195, zusammen 5 Betriebe mit 197 Arbeitern

fakten, verkürzt gearbeitet. Im August betrug dieser Prozentfuß noch 40,5. Die Urteile über den Geschäftsgang lauten im allgemeinen nach wie vor ungünstig. Die eingetretenen Änderungen zum Besseren oder Schlechteren sind nur geringfügig. Zu den Berufsgruppen, in denen eine Verschlechterung eingetreten ist, gehören neben Sägewerken und der Sperrholzindustrie auch die Uhrgehäuseindustrie, ferner Weißtische, Korken und Korbwaren; hier ist auch die Bauschlerei zu nennen. Dagegen war der Beschäftigungsgrad in der Möbelindustrie besser, auch in der Büromöbel- und der Stuhlindustrie. Eine Steigerung des Beschäftigungsgrades ist auch in der Vergolderie, in der Bürsten- und Pinsel-, in der Ramm- und Saarshmodindustrie und in der Peifenindustrie festzustellen. Der Begriff der Besserung ist aber nur sehr relativ zu werten, von einem halbwegs guten Geschäftsgang ist in keinem Berufsgruppe die Rede. Insgesamt entfallen von je 100 Arbeitern 15,5 auf gut, 32,4 auf befriedigend und 52,1 auf schlecht beschäftigte Betriebe. Bezeichnet man gut mit 2, befriedigend

mit 3 und schlecht mit 4, dann ergibt sich als Gesamtdurchschnitt 3,366. Die entsprechende Zahl lautete für August 3,487, für Juli 3,514. Daran könnte man auf eine sich langsam anbahnende Besserung schließen, doch wird man bei der Geringfügigkeit der Unterschiede nur vorsichtig Schlüsse ziehen dürfen.

Die Erhebung über die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband ergibt, daß auch im September die Zahl der Arbeitslosen noch gestiegen ist. Aus 1125 Verwaltungsstellen wurde über 299 382 Mitglieder berichtet, von denen am Monatschluß 106 130 oder 35,45 Prozent arbeitslos waren; im August wurden 35,03 Prozent arbeitslose Mitglieder gezählt. Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich etwas vermindert; sie ist von 15,28 Prozent der Mitgliederzahl auf 14,10 Prozent zurückgegangen. Voll beschäftigt waren im August 49,69 Prozent der Mitglieder, im September 50,45 Prozent. Das ist eine, allerdings kaum merkbar Besserung. Leider gestattet die Gesamtlage der Wirtschaft nicht, diese Besserung als den Anfang eines Umschwungs zu werten.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende September 1930.

Gau	Berichtet haben	Verwaltungsstellen	mit Mitgliedern	Arbeitslose am 30. 9. 30.	Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos	Vertkürzt arbeiteten insgesamt	Re. triebe	Be. schäftigte	Von je 100 Mitgliedern arbeitslos vertkürzt	Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um				Nicht berichtet haben	
										1-8 Std. Beschäftigte	9-16 Std. Beschäftigte	17-24 Std. Beschäftigte	25 Std. und mehr Beschäftigte		
Ostpreußen	51	6403	2037	31,81	6	480	7,50	36	433	11	-	-	-	4	144
Stettin	89	11065	2870	25,94	23	640	5,78	489	32	119	-	-	-	3	394
Breslau	81	18065	7141	39,53	77	1727	9,56	576	690	458	3	-	-	6	326
Berlin	1	28048	12352	44,04	109	3707	13,22	536	1484	1650	37	-	-	-	-
Brandenburg	127	15392	4265	27,71	21	829	5,39	114	471	244	-	-	-	7	1486
Dresden	54	28151	11766	41,80	112	4210	14,96	1483	1672	951	104	-	-	2	188
Leipzig	66	32308	13626	42,16	287	7447	23,05	1543	2275	3388	241	-	-	5	447
Erfurt	82	11698	4202	35,92	55	1290	11,03	470	320	462	38	-	-	6	218
Magdeburg	53	14263	4908	34,41	30	665	4,66	113	375	177	-	-	-	1	105
Hamburg	68	27059	8503	31,42	47	1566	5,79	266	244	1056	-	-	-	-	-
Hannover	68	26086	6616	25,22	74	3880	14,87	929	1585	1232	134	-	-	-	-
Düsseldorf	64	16163	6536	40,44	71	1778	11,00	322	596	728	122	-	-	2	320
Frankfurt	73	18988	6558	34,52	69	2413	12,71	1000	618	783	12	-	-	2	533
Münchberg	91	18135	6332	34,92	103	4824	26,60	1268	2331	1207	18	-	-	2	288
München	57	3894	3281	36,89	59	1432	16,10	389	760	284	19	-	-	1	83
Stuttgart	100	18612	5126	27,54	165	5322	28,59	1291	1158	2734	139	-	-	2	419
Hauptstaffel	-	52	14	26,92	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1125	299382	106130	35,45	1293	42210	14,10	10815	15044	15484	867	-	-	43	4951
Im Vormonat	1142	305391	106978	35,03	1358	46653	15,28	12005	17672	16263	713	-	-	24	1857

Verteilung der Waggonaufträge.

Die Zusammenschlußbewegung in der deutschen Waggonindustrie ist zu einem gewissen Abschluß gekommen. Tonangebend sind jetzt die beiden Trusts Ostwaggon (Vintz-Sofmann-Busch-Werke AG.) und Westwaggon (Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken AG.). Das kommt auch in der Quotenverteilung für das Reichsbahngeschäft zum Ausdruck. Die Verteilung ist wie folgt vorgenommen worden: Ostwaggon 25,5, Westwaggon 20,3, Görlicher Waggonfabrik 6,9, Augsburg-Nürnberg 4,8, Wegemann u. Co. 3,8, Herdinger Waggonfabrik 3,4, Drenstein u. Koppel 3,2, Steinfurth-Waggonbau 2,8, Eisenbahnverkehrsmittel AG. 2,7; der Rest steht der Reichsbahnverwaltung zur freien Verfügung.

Im Zusammenhang mit der Konzentration kommen einige Betriebe zur Stilllegung. Zu diesen Betrieben gehören die Herbrand-Werke in Köln. Von der Stilllegung dieses Unternehmens werden etwa 700 Arbeiter und 80 Angestellte betroffen. Ob die Herbrand-Werke die zahlreichen noch vorhandenen Aufträge aufarbeiten werden oder ob diese von der Gebr. Schöndorff AG. (Ostwaggon) übernommen werden, steht noch nicht fest. Die Gebr. Schöndorff AG. erhält durch die Übertragung der Herbrand-Quote eine willkommene Verstärkung ihrer Produktionsbasis. Es heißt, daß der Ostwaggon-Trust als Mehrheitsbesitzer die Gebr. Schöndorff AG. hauptsächlich zu Lieferungen für das Auslandgeschäft nach dem Westen heranziehen will. Ein dementsprechender Ausbau der Produktionsanlagen ist beabsichtigt.

Von der Stilllegung der Waggonfabrik Weyer in Düsseldorf werden etwa 550 Arbeiter und 80 Angestellte betroffen, die allerdings schon zum Teil zur Entlassung gekommen sind. Es ist möglich, daß nach Durchführung der Stilllegung die Waggonfabrik Weyer auch formell in Liquidation tritt, da sie nach Aufgabe der Produktion lediglich den ihr noch verbleibenden Grundbesitz und das seinerzeit für Einbringung der Vermögenswerte in die Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken AG. erhaltene Aktienpaket an der Westwaggon-Gruppe zu verwalten hat.

Schlechter Geschäftsgang bei der Hohner AG.

Die Matthias Hohner AG., Sitz Trossingen, die größte Harmonikafabrik Deutschlands und der ganzen Welt, legt nach Zeitungsmeldungen ihre Filialbetriebe in Verdlingen, Añittlingen und Sternensfels völlig still. Als Grund werden die stark zurückgegangenen Auslandsaufträge angegeben. Dieser Rückgang sei vornehmlich eine Folge der hohen amerikanischen Schutzgölle für Harmonikas.

Die Hohner AG. erzielte im Geschäftsjahr 1929 einen Reingewinn von 750 000 Mk. gegen 740 000 Mk. im Jahr zuvor. Aus dem Gewinn erhielten die Aktionäre eine Dividende von 8 Prozent. Auch in den Vorjahren, bis zurück zu 1924, wurde eine Dividende in gleicher Höhe gezahlt. Die Gesellschaft arbeitet mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark, das sich wohl ausschließlich im Besitz der Familie Hohner befindet. Zurzeit beschäftigt das Unternehmen noch rund 4000 Personen, vor einigen Jahren waren es gut 5000.

Aus der polnischen Sperrholzindustrie.

Die Sperrholzindustrie spielt in der polnischen Holzwirtschaft eine große Rolle. Gegenwärtig gibt es 20 Sperrholzfabriken, die zusammen rund 3500 Arbeiter beschäftigen. Die jährliche Produktion hat schätzungsweise einen Wert von 50 Millionen Zloty. Etwa drei Fünftel der Produktion werden ausgeführt. Im Welthandel gehört Polen auf diesem Gebiete zu den führenden Ländern nach den Vereinigten Staaten, Finnland, Rußland und Deutschland. Während mit Rücksicht auf den Unterschied in der zur Verarbeitung kommenden Holzart eine Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten, Finnland und Deutschland nicht in Frage kommt, bedeutet Rußland für die polnische Sperrholzausfuhr einen wesentlichen Konkurrenzfaktor.

In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres ist die polnische Sperrholzausfuhr im Vergleich mit demselben Zeitraum des Vorjahres von 24 500 auf 19 900 Tonnen zurückgegangen. Der Wertrückgang ist relativ noch größer. Ungefähr in dem gleichen Maße ist auch die Produktion gesunken, da, wie schon oben gesagt wurde, die Erzeugung in erster Linie von dem Absatzvolumen im Auslande abhängig ist. Das polnische Sperrholz wird allmählich auch vom englischen Markt verdrängt, auf welchem Rußland mit schlechteren Gattungen, jedoch mit bedeutend niedrigeren Preisen einen erfolgreichen Konkurrenzkampf führt. Während in den Jahren 1926 und 1928 ungefähr 50 Prozent der polnischen Ausfuhr nach England gingen, ist gegenwärtig kaum ein Drittel des Exports nach diesem Lande gerichtet.

Die polnische Sperrholzindustrie setzt ihre ganze Hoffnung auf die Erschließung des deutschen Absatzmarktes nach Inkrafttreten des deutsch-polnischen Handelsvertrages. Im allgemeinen muß die Lage der polnischen Sperrholzindustrie gegenwärtig als ungünstig bezeichnet werden, da sie neben den konjunkturellen Schwierigkeiten auch unter starkem Kreditmangel zu leiden hat.



Internationale Union der Holzarbeiter



Der Bericht des internationalen Sekretärs.

Dem im „Bulletin“ veröffentlichten Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß die Internationale Union der Holzarbeiter am Schlusse des Jahres 1929 48 Verbände mit 991 249 Mitgliedern in 25 Ländern umfaßte. Über die Lage und Tätigkeit der der Internationalen Union angeschlossenen Verbände gibt der Sekretär, Kollege Tarnow, im „Bulletin“ die folgende Übersicht:

In diesem Zeitalter der Rationalisierung genügt die Beobachtung des Arbeitsmarktes nicht mehr, um mit ziemlicher Sicherheit Umfang und Tendenz der Konjunkturbewegungen feststellen zu können. Eine Zunahme der Produktion kann sehr wohl von einer Vermehrung der Arbeitslosenzahl begleitet sein, wenn nämlich die Steigerung der Produktivität die der absoluten Produktion überwiegt. Die immer tiefere Kluft, die falsch angewandte Rationalisierung und dumme Lohnpolitik der Unternehmer zwischen Erzeugungs- und Verbrauchskapazität entstehen lassen, ist Ursache, daß ein zunehmender Teil der Arbeiterschaft einer Dauerarbeitslosigkeit verfallen muß, die auch bei „guter Konjunktur“ nicht verschwindet. Die heutige Konjunkturforschung muß denn auch so viele Wirtschaftsfaktoren in Betracht ziehen, daß sie zu einem Spezialzweig der ökonomischen Wissenschaft geworden ist, die vielfach in besonderen Instituten ihre Pflege findet.

Die nicht unerhebliche Konjunkturverbesserung, die im Frühjahr 1927 in Europa einsetzte, war leider von kurzer Dauer. Schon gegen Jahreschluß begann wieder der Abstieg, der sich dann fast ununterbrochen, wenn auch sehr langsam, während der ganzen Dauer des Jahres 1928 bis tief in das Jahr 1929 fortsetzte. Seit dem Herbst 1929 hat die Abwärtsbewegung sogar beschleunigtes Tempo angenommen, und augenblicklich ist die Lage in verschiedenen Ländern, insbesondere Deutschland, schlimmer als im schwarzen Jahre 1926. Zu dem Konjunkturabwärtigen in Europa gesellte sich im vergangenen Jahre der zumindest für die breite Öffentlichkeit gefundene Umschwung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, der in dem gewaltigen Börsenkrach vom Oktober seinen sensationellen Ausdruck fand. Während bis zum Jahre 1928 die Steigerung der Produktion in USA immer mit einer Stärkung des inneren Marktes parallel ging, ließ in jenem Jahre besonders der Konsum verhältnismäßig plötzlich nach. Produktionseinschränkung und rapide Zunahme der Arbeitslosenzahl sind nun auch in Amerika die entsetzlichen Erscheinungsformen der Krise, und sie sind dort um so furchtbarer, weil in dieser Hochburg des alten Liberalismus die Arbeitslosigkeit nicht durch staatliche oder sonstige Zuwendungen gelindert wird. Mit der zunehmenden Bevölkerung der Arbeiterschaft scheinen zudem große Teile des amerikanischen Unternehmertums ihre „Fortschrittlichkeit“ eingebüßt zu haben. Lohnabbau, Massenentlassungen, insbesondere der älteren Arbeiter, Verlegung der Industrien in die sozial rückständigen Südstaaten oder in das billigere Ausland sind jedenfalls auf der Tagesordnung.

Wie wir in den nachstehenden Länderabschnitten sehen werden, sind nur ganz wenige Länder bisher von der Weltkrise verschont geblieben. Es sind dies insbesondere Frankreich, Belgien und die skandinavischen Länder. Aber sogar diese wenigen glücklicheren Länder spüren schon die Auswirkungen der Krise, indem besonders die Grundlagen ihrer Exportindustrien erschüttert worden sind.

Ein lichter Punkt in der Finsternis, die die Welt überzogen hat, ist darin zu erblicken, daß trotz der Wirtschaftskrise und ihrer Begleiterscheinung — soziale und politische Reaktion — die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die Holzarbeiterbewegung im besonderen sich nicht nur zu behaupten gewußt haben, sondern in vielen Fällen sogar gehärtet worden sind. Die meisten der nördlichen U.S. angeschlossenen Verbände berichten für das Jahr 1929 über eine zwar bescheidene, aber immerhin recht erfreuliche Zunahme ihrer Mitgliederzahlen und stärken damit unser Vertrauen, daß die Arbeiterklasse aus all den Nöten, die sie jetzt bedrängen, siegreich hervorgehen wird.

Australien. Das hinter hohen Hollmannen versteckte Australien gehört zu den Ländern, die von der wirtschaftlichen Depression am härtesten heimgesucht werden. Für die australischen Holzarbeiter standen die Berichtsjahre im Zeichen des Kampfes für die Beibehaltung der 45-Stunden-Woche. Die Mitte 1928 durchgeführte Revolverlung des Zwangsschlichtungswesens sollte den Unternehmern Fortschub leisten. Zunächst konnten die Möbelarbeiter sowie die Bootschifer und Zimmerer dem Ansturm der Arbeitgeberkreise erfolgreich standhalten. Nur in einem Teil der Sägewerkindustrie mußten Verschlechterungen hin- und hergenommen werden. Im State New South Wales, dem wichtigsten Exportort der australischen Möbelindustrie, ist dann aber im Juni 1929 durch Gehör die 45-Stunden-Woche wieder eingeführt worden. Durch die im Oktober 1929 stattgefundenen Wahlen ist für den Bundesstaat eine Arbeiterregierung an die Macht gekommen, was hoffentlich dazu beitragen wird, die

soziale Lage der australischen Arbeiterklasse vor weiterer Verschlechterung zu bewahren.

Belgien. Die belgischen Holzarbeiter, die im Februar 1929 ihre 2. Berufskonferenz abhielten, haben in der Berichtszeit eine ansehnliche Erhöhung des Lohnniveaus erreicht. Die zahlreichen örtlichen Bewegungen wurden durch den guten Geschäftsgang wesentlich gefördert. In letzter Zeit mehren sich leider die Anzeichen, daß auch Belgien bald die Folgen der Weltwirtschaftsdepression zu spüren bekommen wird. Nicht nur läßt das Nachlassen der Emissionstätigkeit auf eine kommende Krise schließen, sondern auch das Exportgeschäft weist infolge der Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt einen Rückgang auf. Der Prozentsatz der Vollerwerbslosen im Holz- und Möbeldgewerbe stieg von 0,6 im November 1929 auf 1,8 im April 1930 und der der Kurzarbeiter von 0,1 auf 0,8. Es ist damit zu rechnen, daß unsere belgischen Kollegen in ihrem Bestreben, das Lohnniveau weiter zu erhöhen, auf immer stärkeren Widerstand stoßen werden.

Bulgarien. Hinsichtlich Bulgariens, wo 76 Prozent der Bevölkerung aus Bauern bestehen und die Holzindustrie nur kümmerlich kleingewerblichen Charakter trägt, kann nur mitgeteilt werden, daß auf dem im März 1930 abgehaltenen Gewerkschaftskongress die Reorganisation der dortigen Landeszentrale beschlossen wurde. Hoffentlich werden die dazu ergriffenen Maßnahmen auch der Holzarbeiterbewegung neues Leben einflößen.

Dänemark. Dänemark ist eines der wenigen Länder, die noch eine verhältnismäßig günstige Konjunktur aufweisen. Allerdings verdankt es dies fast ausschließlich seiner Landwirtschaft, denn in den Industrien, insbesondere im Holzgewerbe, ist der Beschäftigungsgrad noch immer sehr schlecht. Der Prozentsatz der arbeitslosen Mitglieder im Tischlerverband betrug im Januar/Februar 1929 35, er ging bis September auf 8,9 herunter und stieg dann bis Dezember auf 30. Im Holzindustriearbeiter-Verband erreichte die Arbeitslosigkeit im September mit 7,1 Prozent ihren tiefsten Stand, stieg aber bis Jahreschluß auf 45,5 Prozent und war dann doppelt so hoch wie zu Beginn des Jahres 1929. Immerhin scheint es wenigstens im Jahre 1929 eine gewisse Entspannung gegeben zu haben, was u. a. in einer geringeren Zunahme der Mitgliederzahlen zum Ausdruck kommt. Auch das Niveau der Reallöhne hat sich etwas gehoben, besonders seitdem es nicht mehr den Änderungen der Meßziffer der Lebenshaltungskosten unterworfen ist. Im Juni 1929 hielten die Holzindustriearbeiter ihren Verbandstag ab.

Deutschland. Die mißlichen Verhältnisse, die während der ganzen Dauer des Jahres 1929 in der Holzindustrie herrschten, haben die Entwicklung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sehr gehemmt. Der Prozentsatz der Vollerwerbslosen im Verband stieg im Monatsdurchschnitt von 1,2 im Jahre 1928 auf 18,1 im Jahre 1929. Immerhin konnte die Mitgliederzahl weiter, wenn auch nicht wesentlich, erhöht werden, und gelang es, besonders für die verarbeitende Holzindustrie wichtige Verbesserungen in den Löhnen und sonstigen Arbeitsbedingungen (besonders Ferien) zu erreichen, während erstmalig die Lehrlinge in das Tarifverhältnis einbezogen werden konnten. Trotz der Unsummen, die die Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder verschlang, konnte das Vermögen um nahezu 3 Millionen Mark erhöht werden. Der im September 1929 abgehaltene Verbandstag nahm einen schönen Verlauf.

Im Tapezierergewerbe waren im Jahresdurchschnitt 1929 21,6 Prozent der Mitglieder arbeitslos, gegenüber 14,2 Prozent im Vorjahre. In zahlreichen größeren Orten wurden Lohnhöhungen durchgeführt, doch war es nicht möglich, eine allgemeine Lohnbewegung zu führen. Immerhin stieg der Stundenlohn im Durchschnitt der 20 wichtigsten Orte des Tapezierergewerbes von 115 Pf. im Jahre 1928 auf 117½ Pf. im Jahre 1929. Das Vertragswesen wurde weiter ausgebaut. Im Juni 1929 hielt der Verband einen gelungenen Kongress ab, der zugleich der Feier des 40jährigen Verbandsjubiläums galt.

Frankreich. Wie eine fast vereinigte Insel ragt Frankreich aus dem Meer der weltwirtschaftlichen Misere auf. Nach amtlichen Daten zu urteilen, gibt es hier kaum Arbeitslosigkeit. Aber an den Grundfesten dieser Insel rüttelt doch schon das große Beden. Die Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt machen sich in den für Frankreich so lebenswichtigen Exportindustrien bereits recht fühlbar. Aber die Lage des französischen Holzarbeiter-Verbandes läßt sich im knappen Rahmen dieser Übersicht kaum etwas mitteilen. Gegenüber früheren Jahren war die Streikbewegung ziemlich lebhaft. 1929 wurden insgesamt 15 Streiks geführt (u. a. in der Eisenindustrie im Jura), die sämtlich erfolgreich verliefen.

Großbritannien. Lange Zeit hatte das britische Baugewerbe eigentlich kaum unter Arbeitslosigkeit zu leiden, bis sich Ende 1927 die Lage ernstlich verschlechterte. Ende 1928 waren im Verband der Zimmerer und Bautischler

4,7 Prozent Arbeitslose. Zwar ging der Prozentsatz bis Ende Juni 1929 auf nur 2,4 Prozent herunter, aber seitdem ist er auf 6,9 angestiegen (Juni 1930). Es ist zu hoffen, daß das Parlament bald das von der Arbeiterregierung eingebrachte Wohnungsbaugesetz verabschiedet wird, damit eine Belebung des Baumarktes eintritt. Unsere britischen Kollegen haben trotz der Verschlechterung des Arbeitsmarktes ihre Reihen zu stärken gewußt. Im Schiffbauergewerbe wurde die geringe zeitweilige Konjunkturaufbesserung zu einem erfolgreichen Vorstoß ausgenutzt. Unbefriedigend ist die Lage auch im Bürstenmacherergewerbe sowie in der Kistenindustrie.

Holland. Trotz ziemlich umfangreicher Arbeitslosigkeit — fast 10 Prozent der Verbandsmitglieder waren am Schluß des Jahres 1929 arbeitslos — hat der holländische Möbelarbeiter-Verband seine Mitgliederzahl wieder um heraufzusetzen gewußt. Auch auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen hält der Fortschritt an.

Über Italien, Jugoslawien, Rußland, Luxemburg und Neuseeland läßt sich im Rahmen dieser Übersicht nichts Neues mitteilen.

Norwegen. Es scheint, daß sich in Norwegen der Geschäftsgang im Holzgewerbe nicht unwesentlich verbessert hat. Sämtliche unserer U.S. angehörenden Verbände berichten, daß sich ihre Mitgliederzahl zum ersten Male seit einer Reihe von Jahren erhöht hat. Allerdings dürfte das auch damit zusammenhängen, daß die norwegische Gewerkschaftsbewegung endlich mal einen klaren Trennungsschritt zwischen sich und den Kommunisten gezogen hat. So können wir zu unserer Genugtuung mitteilen, daß der norwegische Bauarbeiter-Verband seinen Gegenseitigkeitsvertrag mit dem russischen Verband gelöst hat, so daß unser Exekutivkomitee einmütig hat beschließen können, seinen Ausschluß aus der U.S. rückgängig zu machen. Im März 1929 tagte in Oslo der Verbandstag der Sägewerksarbeiter.

Österreich. Die österreichischen Holzarbeiter hatten im Jahre 1929 wieder unter drückender Arbeitslosigkeit zu leiden, nachdem das Vorjahr eine gewisse, leider vorübergehende Entspannung gebracht hatte. Waren am 30. Juni 1928 im Wiener Holzgewerbe 2865 Kollegen arbeitslos, so waren es am 30. Juni 1929 3268 und am 30. Juni 1930 gar 4708. Die Mitgliederzahl des Verbandes hat davon den Rückschlag empfunden. Auch die Lohnbewegungen wurden erheblich beeinträchtigt.

Südafrika. Das südafrikanische Zimmerer- und Tischlergewerbe leidet ansehend unter Einfuhr billiger Türen und Fenster, insbesondere aus Amerika. Infolge der ziemlich umfangreichen Arbeitslosigkeit erweist es sich als unmöglich, auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesentliche Verbesserungen zu erreichen. Auch mußte am Schluß des Jahres 1929 eine kleine Abnahme der Mitgliederzahl festgestellt werden. Dafür verbesserte sich jedoch die Finanzlage der Organisation.

Tschechoslowakei. Auch in der Tschechoslowakei ist die Holzarbeiterschaft infolge der Mitte 1929 mit erneuter Wichtigkeit eingebrochenen wirtschaftlichen Depression in die Defensive gedrängt. Besonders die Knopfdrehler haben infolge der italienischen Konkurrenz einen harten Stand, aber auch in der Säger- und der Tischlerbranche muß gegen die Abbaugesetze der Unternehmer angekämpft werden. Als besonderer Erfolg ist es denn auch zu bewerten, daß es für ein Gebiet gelang, die Vertragslöhne der gelernten Tischler zu erhöhen. Die Arbeitslosigkeit war 1929 doppelt so groß wie im Jahre 1928. Im Reichsberger Verband waren 28 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Zum Glück haben beide Verbände in der Tschechoslowakei ihre Mitgliederzahl heraufzusetzen gewußt, und auch ihre finanzielle Lage hat sich gestärkt.

Ungarn. Schlimm sind die Verhältnisse vor allem in Ungarn, wo politische und soziale Reaktion, verbunden mit einer wuchtigen Arbeitslosigkeit, die Arbeiterklasse bedrückt. Die Mitgliederzahl des Holzarbeiter-Verbandes geht wegen Beschäftigungslosigkeit dauernd zurück, und es gibt noch immer keine Aussicht auf bessere Zustände. Die Arbeitslosigkeit umfaßte Ende 1929 30,6 Prozent der Verbandsmitglieder, gegenüber 24 Prozent am Schluß des Vorjahres.

Vereinigte Staaten von Nordamerika und Kanada. Über die allgemeine Wirtschaftslage in Amerika ist in der Einleitung zu dieser Übersicht bereits das Wesentlichste gesagt worden. Hinsichtlich des Holzgewerbes läßt sich dem noch hinzufügen, daß das Abflauen der Bautenkonjunktur eine große Arbeitslosigkeit unter den Holzarbeitern hervorgerufen hat, die leider auch zu einem Rückgang der Mitgliederzahl des uns angeschlossenen Verbandes geführt hat. Prozentual ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe fast doppelt so hoch wie in der gesamten Wirtschaft. So waren Ende 1929 32 Prozent und in den Monaten Mai bis Juli 1930 37 Prozent der organisierten Bauarbeiter arbeitslos, gegenüber 16 bzw. 20 Prozent in allen berichtenden Berufen zusammen. Die Lohnbewegung empfindet natürlich den Rückschlag der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt; so ist die Zahl der Abwehrbewegungen gegenüber früheren Jahren gestiegen.

Unterhaltung und Wissen



Rache in der Luft.

Von Gregor Jarcho.

Jim Tabbert prüfte noch einmal den Motor, streichelte unwillkürlich — ein wahrhaft liebender — die Aluminiumhülle und sah zu seiner Frau auf.

„S herrliche Maschine!“ sagte er.

Sie lächelte. Erst ihm, dann dem neben ihm stehenden Benn Crawford zu. Benn stieß die großen weißen Zähne. Auf seinem braungebrannten Gesicht lag eine stille Müdigkeit, die seltsam wirkte, sympathieerregend, interessierend. Frau Tabbert zog die dunklen Brauen ein wenig in die Höhe, daß ihre Augen runder wurden, und schmiegte sich mit einem nur für den Bruchteil einer Sekunde weichgewordenen Blick an Benns besorgtes Lächeln.

„Er spricht von der Maschine wie mein Vater von seinen Pferden sprach!“ sagte sie. „Ich könnte eifersüchtig werden.“

„O, eifersüchtig! Das ist in der Tat etwas aus der Zeit der Keltperde. Wer ist heutzutage eifersüchtig?“ Jim Tabbert lachte.

Maud schlug den Blick zu Boden.

Jims tiefblaue Augen zogen sich zusammen und erkalteten. „Also essen wir zuerst, und zwar flüchtig!“ schlug er vor. Sie gingen.

„Interwags fragte Benn: „Ist es wirklich notwendig?“

„Was?“

„Dieses Probefliegen —“

„Aber ich bitte dich, Benn, es ist ja alles vorbereitet. Du weißt ja, wie abergläubisch ich bin. Meine Frau und du — die einzigen Menschen, an denen ich hänge —, ihr müßt diese Maschine einweisen, sonst bringt sie mir kein Glück!“

Sie standen schon vor einem weißgedeckten Tisch, ein Kellner eilte mit der Speisefarte auf sie zu.

2.

Nach dem Essen kehrten sie zum Flugplatz zurück. Neben der Maschine warteten Kollegen, Arbeiter und viele fremde Menschen: Journalisten mit Photoapparaten, Notizbüchern, Bleistiften, Federhaltern und einer ungeheuren Menge. Sie stürzten herbei, umringten Jim, die Frau, den Freund, lachten, fragten, schrieen die Antworten auf — nur Jim wollte nichts sagen. Nach dem Flug, nach dem Flug, wehrte er ab. „In einer Stunde ungefähr, wenn wir zurückkommen.“

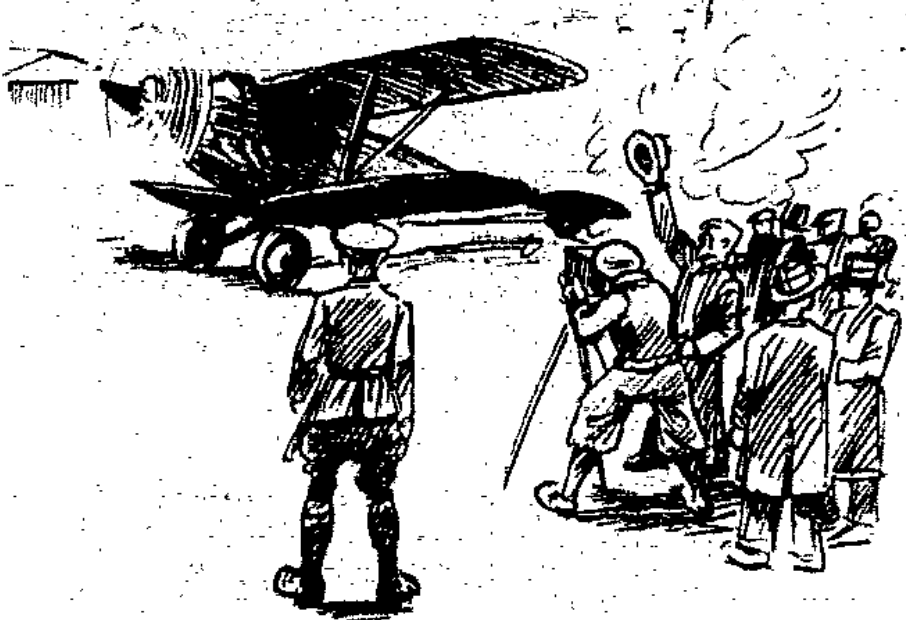
Er drängte sich durch, riß den Schlag auf, verstaute sich in den Führersitz.

Frau Maud wurde hineingeholt. Sie war sichtlich erregt. Oder schien es nur, weil die Umrahmung der engen Lederkappe den Gesichtsausdruck veränderte? Als letzter nahm Benn seinen Platz ein.

Jim sah sich um. „Fertig?“ fragte er.

„Ja.“

Jim ließ den Motor an. Ein Zittern lief durch den glühenden Leib der Maschine. Journalisten, Arbeiter und Kollegen winkten. Photographische Apparate schnappten den Augenblick aus der Ewigkeit heraus. An zwei Stellen wurde gekurbelt. Der Propeller drehte.



„Los!“ Eine kleine Handbewegung, die Maschine rollte an, wankte und kam frei.

Frau Maud, katholisch erzogen, schlug ein Kreuz. Benn preßte ihr die Finger seiner Rechten ins Knie. Sie sah ihn aus verhängten Wimpern an.

„Hallo!“ rief Jim und grinst.

Die Maschine stieg.

3.

Die Erde war nicht mehr da. Das Schachbrett unten sah unwahrscheinlich aus. Die Welt war das Flugzeug. Jim — das Schicksal! Hinten: Maud und Benn — die ersten Menschen, aus allem Schein jenem All genealibergeschleudert. Das war und ist und sein wird in alle Ewigkeit.

Benn hielt noch die Hand auf dem Knie der Frau neben ihm, aber sein Blick fand sie nicht mehr, durchstrich das Unsichtbare um das Flugzeug, sein Atem gehörte der Bewegung.

Maud hatte versucht, die Augen zu schließen. Das Fliegen riß sie ihr wieder auf. Nun klammerte sie sich mit ihnen, als

wären's Zangen, an Benns Gesicht — wollte nichts sehen, was ungewohnt war, fremd und so erschreckend unwiderstehlich.

Nur Jim auf dem Führersitz fühlte sich sicher und dem herben Erleben vertraut.

Auf einmal war auch das Schachbrett verschwunden. Verdeckten es Wolken? War man so hoch? Nein, dieses Unten bewegte sich, wellte sich, bäumte sich, schäumte — das Meer!

Maud merkte nichts. Benn war wie verloren. Und plötzlich wandte sich Jim um und brüllte: „Schön?“ Er bekam keine Antwort. Schrie lauter. Und nahm keine Rücksicht mehr — lachte.

Man hörte ihn immer noch nicht. Er wollte aber gehört werden. Ein kurzer Blick auf die Zeiger, aufs Steuer, dann stieß seine Linke in die Brusttasche, juckte zurück, hielt ein Papier umklammert, reichte es nach hinten.

Benn sah es als erster, griff danach. Instinktiv. Und entfaltete den Vogen. Jetzt erst merkte er, daß auch Maud, erblaßt war. Er rückte behutsam noch näher an sie heran, ließ sie mitlesen.



Jim, mit dem Steuer spielend, blickte gespannt in den Spiegel vor sich, sah seine Frau, seinen Freund, grinste und zitterte.

Benn und Maud lasen:

„Liebe Frau! Lieber Freund! Montag der vorigen Woche glaubtet ihr mich die ganze Nacht auf dem Flugplatz. ... Ich war dort. Aber nur bis Maud ankam. Gleich darauf stieg ich ins Auto und kam durch den Garten ins Haus. ... Dann stand ich — einen Augenblick nur — an der Tür meines Schlafzimmers, unteres Schlafzimmer, Maud. Dieser Augenblick hatte genügt. Ich begreife jetzt wohl, warum du dich so für mein Fliegen zu interessieren begannst, lieber Benn. Und ich weiß auch, weshalb du, Maud, in der letzten Zeit Eifersucht spieltest. Alles weiß ich. Aber ihr wißt noch nichts. Lest nur weiter! Und bedenkt: keine Unüberlegtheiten, keinen Angriff auf mich, sonst lasse ich das Flugzeug zum Teufel gehen, mit uns allen dreien.“

Blätter fallen ...

Blätter segt der Wind von den Bäumen. —
Immer noch träumen
Tausende von besserer Zeit.
fragen täglich sich wieder: Ist's noch nicht soweit?

Durch Kleider zerschlissen
die Kühle dringt.
Arbeitsuche durch regennasse Strassen zwingt,
das Schuhwerk zerrissen. —

Überall leuchtet hervor die Not,
lebend, als Mensch fühlt sich mancher schon tot,
verkümmern Kräfte, die zur Arbeit bereit. —
Schmach der Kultur dieser elenden Zeit!

Von Bäumen fallen Blätter herab
in endloser Menge. ...
Oktoberwind bringt Sturmgesänge —
vielen das Grab!

Wer darin nicht vorzeitig versinken will,
nehm' die Befählung zum Kampf sich als Ziel.
Trotz dieses Elends erst recht sein bereit:
Tätiger Mensch wirkt für bessere Zeit!

Erich Fabian

Tagelang habe ich nachgedacht. Ihr wolltet mich ja allein in den Tod schicken — beim Ozeanflug. Ihr hieltet es für unmöglich, daß man mit dieser Maschine hinüberkommt. Möglich ist aber alles. Sogar, daß wir alle drei das Wagnis vollbringen.

Das also habe ich beschlossen: Wir fliegen alle drei nach Europa. Nichts kann mich umstimmen. Wir haben im Dreieck gelebt, wir können im Dreieck sterben. Das ist alles. Jim.“
(Schluß folgt.)

Woher stammen die Stoffnamen?

Das Wort Seide entstammt dem Lateinischen. Der Stoff hieß ursprünglich „seta“, und das Wort bedeutete Haar oder Borste. Man nannte im Mittelalter den Stoff Seide „seta serica“, chinesisches Haar. Der Kattun wurde erst im 17. Jahrhundert in Deutschland aus Holland eingeführt. Die Holländer nannten den Stoff, weil er aus Baumwolle hergestellt ist, „katoen“. Das Wort Kattun hat seinen Ursprung im Arabischen; denn der Araber nennt Baumwolle „qutun“. Der französische Ausdruck „coton“ ist davon ebenso abgeleitet wie das englische „cotton“. Arabien ist auch das Ursprungsland des Atlasgewebes, das im 15. Jahrhundert nach Deutschland kam. Atlas bedeutet glatter Stoff. Wie F. Harder in „Werden und Wandern unserer Wörter“ schreibt, kommt das Wort vom Verbum „atalasa“, dessen Übersetzung lautet: die Haare wegwischen. Griechischen Ursprungs ist das Wort Samt; es entstand aus „hexamiton“, das heißt Gewebe aus sechs Fäden. Musselin wurde nach der jetzt wegen ihres Petroleum oft genannten Stadt Mossul am Tigris genannt, weil er dort zuerst hergestellt worden sein soll. Gaze (sprich: gahse) hat ihren Namen nach der Hauptstadt der Philister Gaza. Das Wort Damast für den Stoff gleichen Namens hat dagegen nur mittelbar mit dem alten Stadtnamen Damaskus zu tun. Das Gewebe hieß ursprünglich Damast und wurde deshalb so genannt, weil seine Mäntelung den schönen Verzierungen der Damaszenerklingen ähnelten. Taft bedeutet glänzender Stoff, stammt aus Persien und heißt soviel wie glänzen („taftan“). Das Wort Moire (sprich: moareh) führt uns nach Indien. Es bedeutet: Tuch aus Ziegenhaar. Die Türken nannten den Stoff „moiaçat“ und entlehnten das Wort dem indischen „maghar“, das Tuch bedeutet. Darans ist dann im Laufe der Jahrhunderte Moire geworden. Alle diese Stoffe wurden früher im Orient hergestellt und von dort in alle Länder geschickt. Heute werden Seide, Samt, Atlas, Damast, Musselin, Moire in riesigen Mengen in Europa fabriziert und in die alten Ursprungsländer exportiert — allerdings meist in viel schlechterer Qualität.

Wieviel Obstbäume gibt es in Deutschland?

Der Direktor der Landwirtschaftskammer für Hessen, Dr. Hamann, hat versucht, die Zahl der in Deutschland vorhandenen Obstbäume festzustellen. Aber das Ergebnis seiner Erhebung berichtet er in der Zeitschrift „Gartenbauwirtschaft“. Danach gibt es 153,7 Millionen tragfähige Obstbäume. Inwieweit diese Zahl den Tatsachen entspricht, bedarf freilich noch einer amtlichen Nachprüfung.

Töpfe und Flaschen vom Baum.

Während wir uns Töpfe, Teller und Flaschen für schweres Geld im Geschäft kaufen müssen, hat es der Bewohner der Tropen besser: er pflückt sich diese nützlichen Gegenstände einfach vom Baum. Allerlei von diesem „Kalabassen- oder Kürbisbaum“ erzählt Franz Otto Koch in der bei Hugo Bernhäuser in Berlin erscheinenden Monatschrift „Der Erdball“. Das praktische Gewächs, dem der Eingeborene keine Küchengeräte entnimmt, heißt *Crescentia Cujete*; es ist ein Baum mit lanzettförmigen Blättern und grünlich-gelben Blüten, der eine Höhe von 6 bis 8 Meter erreicht. Die Früchte haben bisweilen einen Durchmesser von 30 Zentimeter. Die holzgrüne Schale enthält ein schwammiges und festes Mark, in dem die Samen liegen. Sind die Früchte ausgereift, werden sie vom Baum geschnitten und in die Sonne gelegt, nachdem man die Frucht vorher geöffnet hat. In der Tropenzone trocknet das innere Mark bald ein und kann dann durch die Öffnung herausgeschüttelt werden. Damit ist schon die Flasche fertig. Will man eine Schüssel haben oder einen Teller, so halbiert man die Frucht im grünen Zustand und läßt sie dann austrocknen. Auch Kübel lassen sich leicht aus dieser festen Schale schnitzen. Der Baum wird dieser wertvollen Eigenschaften wegen überall in den Tropen kultiviert, und die Eingeborenen ziehen ihre Gefäße den europäischen vor, da sie nicht nur bedeutend billiger, sondern auch leichter, standhafter und praktischer sind. Bewahrt man z. B. in einer solchen Flasche des Kalabassenbaumes Wasser auf, dann bleibt dieses auch bei großer Hitze noch ziemlich kühl, weil es langsam verdunstet. In einer Blechflasche ist ein solcher Vorgang unmöglich. Deshalb bedienen sich auch die in den Tropen lebenden Europäer dieser natürlichen Gefäße, in denen jedes Nahrungsmittel und jede Flüssigkeit aufbewahrt werden kann. Selbst die Waren werden von den Schwarzen meist in einer großen Kalabassenschale zum Markt befördert. Die auf dem Kopfe balanciert.

Bücher und Zeitschriften.

Erläuterungen der Novellordnungen zur Sozialversicherung und Reichsverordnung vom 26. Juli 1931. Von Ministerialdirektor Dr. G. R. E. F. und den Oberregierungsräten Sauerborn und Gerel. Rechts- und Wirtschafts-Verein, München, Fürstenstr. 13. Preis 3,70 Mk. — Die Verfasser bemühen sich, die Novellordnungen zu verständlichen, was ihnen aber nicht gelingt. Wenn auch manches von dem, was in diesen Verordnungen steht, annehmbar ist, so enthalten sie doch viele Bestimmungen, die einfach untragbar sind. Der Vorzug dieses Buches besteht darin, daß man hier aus fundigen Schriften erfährt, auf welche Umstände die einzelnen Vorschriften zurückzuführen und wie sie in der Praxis auszuführen sind.

Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung. Praktischer Wegweiser für Versammlungsleiter von E. F. A. G. In. Zu beziehen nur vom Verfasser (Adresse: Wolf (Nebenhand), Kreuzstr. 1, Köstlichdamm Essen 18953). Preis 1,80 Mk. bei Voreinsendung des Betrages und 2,10 Mk. bei Nachnahme des Betrages. — Der Verfasser kennt als langjähriger Redakteur im Reichstag die parlamentarischen Gepflogenheiten. Auf Grund dieser Kenntnis hat er diesen Wegweiser für Versammlungsleiter herausgegeben.

Se. Kojaken! Roman von Johann Komaromis. (Aus Deutsche übertragen von Sauer-Majoch.) Verlag G. U. G. Utenberg, Berlin SW. 61, Treibundstraße 3. Preis für Mitglieder der Buchergilde 3 Mk. Mitglied kann jedermann werden. Für einen Monatsbeitrag von 1 Mk. erhält das Mitglied vierteljährlich ein Buch nach freier Wahl und außerdem die wertvolle Monatszeitschrift. — Die Geschichten, die in diesem Buch erzählt werden, spielen in den Nebenungen der Caucasus, auf der ungarischen Seite der Waldkarpathen. Der Abstammung nach haben die Bewohner dieser Gegend mit den russischen Kojaken nichts zu tun, sie werden nur Kojaken genannt, weil sie wild und unverwundlich sind wie ihre Namensvettern jenseits der Grenze. Die Kojaken, denen einst die Weide und der sibirische Fuß und das Holz und Wild des Waldes gehörten, sind proletarisiert worden. Stolz für Stolz wurde ihnen entzogen, sie müssen als Grubenarbeiter, Solz-

fäller, Bahnarbeiter und Juhrenter arbeiten, aber sie haben nicht vergessen, daß sie freie Männer waren. Sie wissen es sehr wohl, daß man sie nicht leicht entbehren kann, besonders bei harten und gefährlichen Arbeiten, und das macht sie stolz und selbstbewußt. Nicht selten denken sie, da sie stets geschlossen auftreten, ihre eigenen Lohngehälter durch, die sie, wenn es sein muß, auch gegen ein Angebot von Genossen verteidigen. Trotzdem ist der Haß gegen die Ausbeuter tief in ihrer Brust, und ihr Lösungswort bleibt der alte Kriegsruf: „Tod den Herren!“ In einem Anhang „S a h s a n d e r L a n d s t r a ß e“ ergänzt der Dichter seine Kindheitsgedenken, vertieft er die Willensbildungen; und die lauten Geschnitte des Romans klingen aus in eine bezaubernde Harmonie von schmerzlicher Schlichtheit, schwärmerischer Ehrlichkeit und feinem Humor. — Mitgliederanmeldungen nehmen die Ortsvereinigungen unseres Verbandes entgegen; wo das nicht der Fall sein sollte, wende man sich direkt an die Verlagsanstalt unseres Solzarbeiter-Verbandes.

Konrad Seiffert: Brandfäden über Polen. Der Fackelverleger-Verlag, Hamburg-Bergedorf, Ladenpreis gebunden 5 Mk., kartoniert 3,50 Mk. — Die Behauptung, daß sich die Kriegskolonnen überlebt habe, ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Wer mag sich heute noch an dem Aißel erbauen, der während des Krieges massenhaft produziert wurde, um die Kriegsbegeisterung wachzuhalten. Der große Erfolg von Remarque's „Im Westen nichts Neues“ hat aber gezeigt, daß das Interesse für eine Darstellung des Krieges, wie er wirklich war, noch sehr lebendig ist. Das vorliegende Buch ist gewissermaßen ein Gegenstück zu Remarque's Buch. In den „Brandfäden über Polen“ zeigt Seiffert das furchtbare Elend des Ostkrieges mit all seiner Verherrlichung und all seinen Strapazen, mit seinen brennenden Städten und seinen geseinigten Fühlungen, mit seinem Hunger und seiner Cholera. Ein einbürtiges, trostloses, finstres Grau, aus dem Seiffert von Zeit zu Zeit ganz elementar laute Aufschreie und wüthische Orgien der verwilderten Soldateska aufkommen läßt. Die „Brandfäden über Polen“ sind nicht nur ein historisches Dokument, sondern auch ein literarisches Meisterwerk von hincisgender und fesslender Darstellungskraft.

Der neue Opernführer. Von Dr. Heinz Wichmann. Mit einem Geleitwort von Professor Dr. Max v. Schillingen. Paul Franke Verlag, Berlin SW. 11. Preis in Ganzleinen 4,80 Mk. — Das Buch

will eine zuverlässige Hilfe bei der sorgfältigen Vorbereitung auf den Besuch einer Opernvorstellung sein. Auf 580 Seiten erfahren wir von den bekanntesten Opern das Wichtigste, so viel, um Sinn und Bedeutung des Werkes begreifen und verstehen zu können. Auch die alternativen Opern, wie Kolonus, Dreigroschenoper, Doge und Dogaresa, Wozzeck, sind in dem neuen Opernführer zu finden. Besonders sind auch die kurzen biographischen Notizen über die Komponisten. Alles in allem: ein von Opernbekannern und Musikantenhörern schon längst gewünschtes Buch.

Das laufende Band des Wissens. Unter diesem Titel läßt H. Hoffmann Verlag G. m. b. H., Berlin D. 2, Blumenstraße 22, eine Reihe von Schriften erscheinen, die den Arbeiter mit den Betriebsformen der Wirtschaft vertraut machen sollen. Heft 1 behandelt die Fabrik. Alexander Holm schildert die Organisation eines modernen Industriebetriebes. Er macht den Leser bekannt mit den Kontrollmaßnahmen, der Kalkulation, den Grundrissen wissenschaftlicher Betriebsführung und mit allen anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und Vorgängen. Das Heft kostet 95 Pf.

Gesellschafts- und Wirtschaftskalender 1931. Von S. C. G. Sommer, Adolf Wilhelm Bauche. 54 Bildtafeln in Zwei- und Dreifarben. Größe 18x24 cm, Zentimeter. C. Landische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin SW. 30. Preis 2,50 Mk. — Der vorliegende zweite Jahrgang des Gesellschafts- und Wirtschaftskalenders ist als Ergänzung und Fortführung des Wertes gedacht; demgemäß entsprechen Aufbau und Gliederung des Inhalts dem ersten Kalender. wiederum bilden allgemeine gesellschaftliche Themen die Einführung. Dann folgen: Weltwirtschaft, Politik, deutsche Wirtschaft, soziale, bevölkerungspolitische und Organisationsfragen. Bis zum 31. Oktober kann der Kalender, wenn auf Substitutionsliste bestellt, zum Vorzugspreis von 2 Mk. bezogen werden.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Mit Beilage „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit“. Herausgegeben von Carl Wittig. Verlag Carl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 3,60 Mk. **Wirtschafts-Informationen-Dienst.** Schriftleitung Kurt Seining und Dr. Herfried Berlin. Verlag Carl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 2 Mk.

Kollegen! Werbt für das Fachblatt für Holzarbeiter

KOLLEGEN!

Kauft eure Bücher über die Verlagsanstalt des Verbandes. Sie liefert alle im Buchhandel erschienenen Werke. Bestellungen nehmen sämtliche Verwaltungen entgegen.

Hobelbänke 70RM

2 m lg., kompl., Stahlsp., in Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Preis gratis. Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne 6.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken. E. Bülter, Heidelberg, Theaterstr. 7.

Vielfachen Anfragen zu begegnen biete ich hiermit an.

Sportschlitten-Kufen

Esche, gebogen, prima Ware
100 120 140 160 cm Holzlänge
1,70 2,20 2,50 2,80 Mk. pro Paar.
Schneeschuhe, Preise auf Anfrage.
Es handelt sich um ausgesuchte astfreie Ware. Nichtgefallendes nehme ich zurück.

Max Walther
Dresden-N. 22, Rehefelder Str. 53

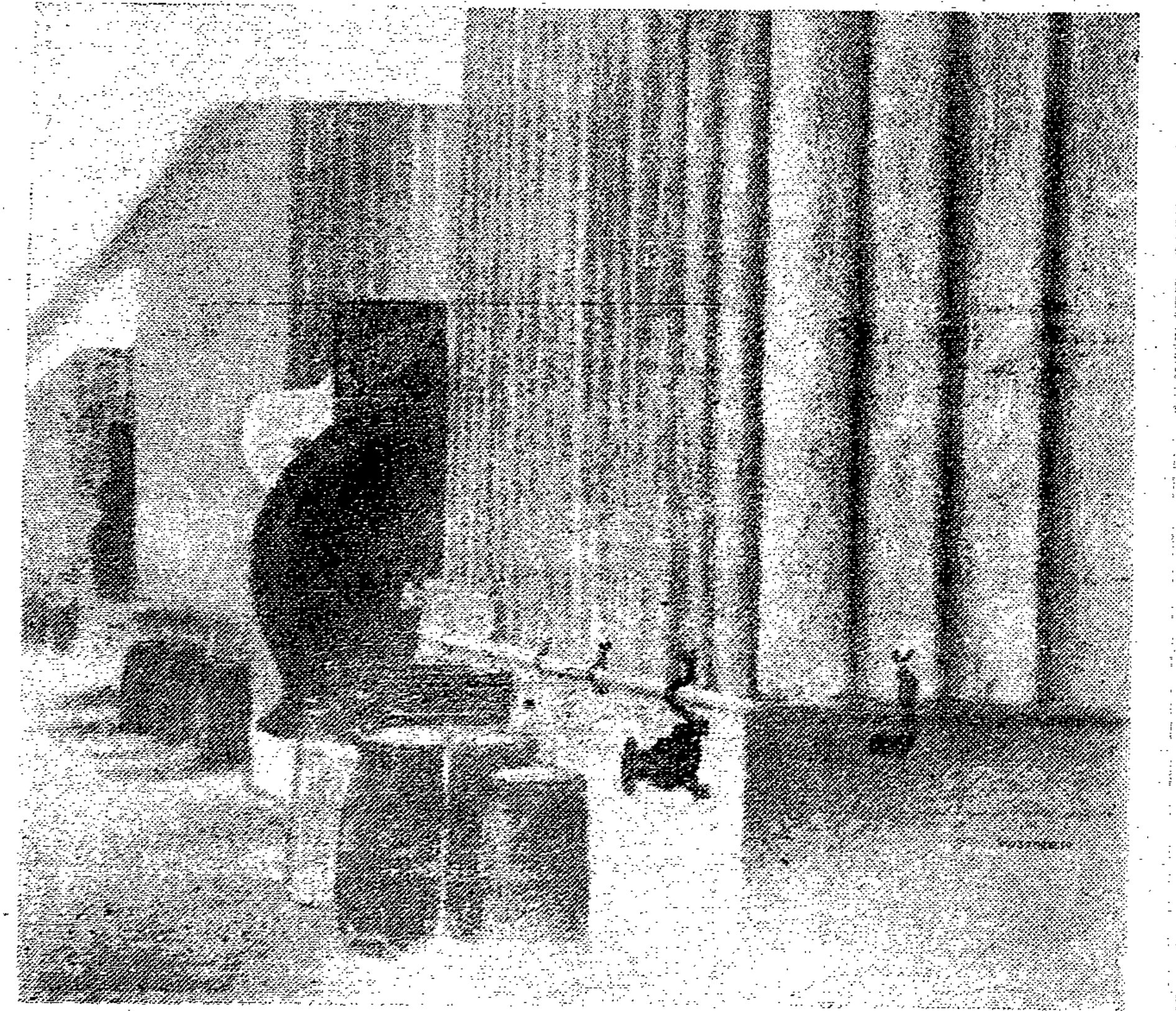
Almanach 1931

Taschenkalender für die Mitglieder des Verbandes erscheint Ende Oktober. Der Preis beträgt 1 Mk. Bestellungen werden von den Verwaltungen entgegen genommen.

fachschule Pros. v. Rückp.
für Wagen- u. Karosseriebau Köthen
Ausbildung zu Meistern, Technikern
Kastenmacher-Kurse, Führerschein

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)
Staatskommissar Prof. Dr.-Ing. Klopfer, Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurs, Maschinenpraktikum für Serienfertigung, Priv. Leitung: Dir. Ludw. Reineking.

Sage Deinem Betriebsleiter PORA = FURNIERUNGSMITTEL, Casem-Kaltleim, Zinol, das selbsttätige Zinkzucker-Reinigungsmittel, bedeuten Geldersparnis, Arbeitserleichterung, — **Auflösungsschritten und Proben kostenlos!** Pora wird in mehr als 1200 Betrieben, in führenden Grossbetrieben verwendet. — Schreiben Sie bitte an PORA-WERK PAUL SCHROT, BAD SOODEN-ALLENDORF



48400 KILO STAUB!

OFENSTOLZ 5 PF.
staubfrei
schmeckt niemals bitter!

Monat für Monat wird diese Staubmenge von den Filterkammern unserer Entstaubungsanlagen aufgefangen. Nicht weniger als 36 Güterwagen müssen die Last im Laufe eines Jahres aus unseren Fabriken tragen. Diese gewaltigen Staubmengen, für die wir den vollen Tabakpreis bezahlen müssen, gehen allerdings der Produktion

verloren; sie sind zu nichts anderem mehr zu gebrauchen als zur Schädlingsbekämpfung im Gartenbau. Wir glauben aber, daß sich die Kosten und Mühe einer gründlichen Tabaksentstaubung lohnen; denn unser Verfahren hat den Vorteil, daß Haus Neuerburg-Zigaretten nicht bitter schmecken und daß sie außerordentlich köstlich sind.

HAUS NEUERBURG G.M.B.H

Josef Witt, Weiden (Oberpfalz)
Aeltestes und größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands mit eigener Spinnerei von 27500 Spindeln mit eigener Weberei von 640 Webstühlen

gibt kurze Zeit ab:

Nr.	Preise pro Meter	Breite	Mk.	Pf.
85	Gardinen, sog. Vorhangsstoff, aus prima feinen Streifen, Garnen mit indanthren-goldfarbig	70 cm	0.24	
86	Weißes Hemdentuch, leichte Sorte mit Schnittkante	70 cm	0.25	
87	Weißes Hemdentuch, für gute haltbare Wäschestücke	80 cm	0.45	
88	Weißes Hemdentuch, mittelstarkfädig, dichtgeschlossene, vorzügliche Qualität für besonders solide, gute Wäschestücke	80 cm	0.65	
89	Weißes Macrotuch, sehr feinfädig, dicht geschlossen, aus garantiert rein ägyptischer Baumwolle, für besonders feine bessere Hemden und Wäschestücke	80 cm	0.72	
90	Baumwolltuch, ungeblich, sehr strapazierbar, fast unverwundlich im Gebrauch	78 cm	0.49	
91	Hemdenflanell, indanthrenfarbig gestreift, gute besonders reißfeste	77 cm	0.38	
92	Hemdenflanell, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare kräftige Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch	78 cm	0.64	
93	Handtücher, dicht geschlossene kräftige Strapazierqualität	40 cm	0.45	
94	Hemdenzephir, auch f. Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster	70 cm	0.48	
95	Wischtücher, gute Sorte, strapazierbar	45 mal 45 cm per 1/2 Dutzend	0.98	
96	Damentaschentücher, weiß, gute solide Sorte, mit Hohlraum	30 mal 30 cm per 1/2 Dutzend	0.88	

Gelegenheitskauf!

97 Weißes Hemdentuch, rein weiß, garantiert reine, ausgekocht Baumwolltuch e jeden Appreturzusatz, dicht geschlossen, daher ganz vorzügliche, besonders gute Qualität
 80 cm | 0.66 | |

Bis auf weiteres erhalten 10% Rabatt. An Stelle des Sie auf diese Preise noch 10% Rabattes auf Wunsch kostenlos eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.— an.

Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle, einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als andererseits sind.

Josef Witt, Weiden 392 Oberpf.